

10.05



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Umweltschutz beschäftigt
Ehrenamtliche in Großschutzgebieten
Kritische Bilanz rot-grüner Agrarpolitik
Breites Bündnis gegen AKW-Renaissance**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 11 (2005), Heft 10
ISSN 1861-0048

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Deborah Bernsdorf (db), Isabelle Faragal-
lah (if)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für
unverlangt eingesandtes Material keine
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

5. November: Demonstrieren im breiten Anti-Atom-Bündnis!

Liebe Leserinnen und Leser,

ein breites Bündnis aus Umwelt- und Friedensverbänden, Förderern Erneuerbarer Energien und Anti-Atom-Initiativen hat zu einer bundesweiten Demonstration am 5. November um 13 Uhr in Lüneburg aufgerufen. Unter dem Motto „Atomkraft Nein Danke - Erneuerbare Energien jetzt!“ soll durch die Demonstration vor dem Hintergrund des im November geplanten Castor-Transports nach Gorleben und angesichts der von Industrie und Politik heraufbeschworenen „Renaissance der Atomkraft“ ein Zeichen gesetzt werden: ein Großteil der Bevölkerung ist gegen Atomkraft! Gleichzeitig versteht sich die Demonstration als Auftakt für eine bundesweite Anti-Atom-Kampagne anlässlich des 20. Jahrestages der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 2006.

Für das Bündnis, zu dem u.a. der DNR, NABU, BUND, Eurosolar und Robin Wood gehören, hat sich seit der Tschernobyl-Katastrophe an den Fakten zur Atomenergie nichts geändert: Eine absolute Sicherheit von Atomkraftwerken gibt es nicht, eine Reaktorkatastrophe kann es auch in deutschen Kernkraftwerken geben. Allein in den letzten vier Jahren wurden in deutschen Atomkraftwerken hunderte Pannen und Zwischenfälle registriert. Tausende Tonnen hoch radioaktiver Abfälle strahlen noch in einer Millionen Jahre. Sichere Endlager wurden noch nicht gefunden und die nicht tragbaren „Zwischenlager“ wie in Gorleben könnten unter einer neuen Regierung sogar zu Endlager umbenannt werden. Außerdem ist neben Kohle und Erdöl auch Uran eine endliche und damit bald erschöpfte und umkämpfte Ressource.

Dagegen stehen Erneuerbare Energien für die zukunftssicherste, risikoärmste und im Gegensatz zu ihren knapper und teurer werdenden Konkurrenten immer kostengünstigere Art der Stromerzeugung. Nur durch sie kann die langfristige Energieversorgungssicherheit verbunden mit den europäischen Klimaschutzziele erreicht werden. Unabhängige Institute haben berechnet, dass mit dem Einsatz von Erneuerbaren Energien, gekoppelt mit Energiesparen und effizienterer Energienutzung, die Atomkraft schon heute und die klimaschädliche Nutzung fossiler Brennstoffe mittelfristig ersetzt werden

kann. Doch mit dem Weiterbetreiben der Atomkraftwerke werden Investitionen in eine effiziente und zukunftsträchtige Energieversorgung blockiert.

Hinzu kommt: Der Erneuerbare-Energien-Sektor hat schon heute ein Vielfaches der Arbeitsplätze geschaffen, die derzeit in der Atombranche gezählt werden.

Mischen wir uns ein! Nur mit massivem Druck aus der Bevölkerung wird in den nächsten Jahren in der Energiepolitik Vernunft einkehren. Der andauernde Protest der Bevölkerung in der Region Lüneburg/Wendland gegen die Castor-Transporte und ein Endlager Gorleben ist uns dabei ein ermutigendes Vorbild. Deshalb demonstrieren wir am 5. November in Lüneburg und fordern Sie alle dazu auf, mit uns gemeinsam auf die Straße zu gehen. Die nächsten Monate können für die Zukunftsfragen der Energieversorgung entscheidend sein. Mischen wir uns kraftvoll ein! Weitere Informationen finden Sie auf Seite 11.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre dieser Ausgabe.

Thomas Frischmuth, DNR Berlin

2 Impressum

3 Editorial

- Anti-Atom-Bündnis demonstriert

5 Verbände, Umweltbewegung

- Alpenverein wird anerkannter Naturschutzverband
- Gericht erleichtert Firmenwerbung mit Umweltschutz
- Lesenswert

6 Ehrenamtliches Engagement

- Ehrenamtliche in Großschutzgebieten

7 Agrarpolitik, Verbraucherschutz

- Kritische Bilanz rot-grüner Agrarpolitik
- Import von illegalem Holz geht weiter
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

9 Energie, Klima

- Folgen der Erderwärmung alarmieren
- Windkraft und Versorgungssicherheit
- Nationaler Energieplan gefordert
- Aufruf: Breites Anti-AKW-Bündnis
- Kein Klimaschutz mit AKWs
- Klimawandel: Verursacher sollen Kosten übernehmen
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

13 Gentechnik

- Illegale Genpflanzen-Saat
- Bio-Frühstück gegen Gentechnik erfolgreich
- Raiffeisenverband verweigert gentechnikfreies Saatgut
- Hinterfragt: CDU zur Agro-Gentechnik
- Fast 80 Prozent gegen Genfood
- Protestbewegung für gentechnikfreie Schöpfung
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

16 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik

- Umweltschutz schafft Arbeitsplätze
- Ökologische Gemeindefinanzreform
- Tag der Regionen 2005
- Bürger initiieren Nachhaltigkeit
- Kritik an Industrie-Positionspapier
- Daten zur Umwelt 2005
- Länderförderung: Abkehr von Großprojekten gefordert
- Kurzmeldungen
- Lesenswert/Sehenswert

21 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Vertragsnaturschutz im Wald
- BMU-Entwurf: Strategie zur Biologischen Vielfalt
- Lesenswert

22 Verkehr, Tourismus

- Abstandsregelung für Alleebäume
- Trittin fordert Fünf-Liter-Autos
- Leichtere Lkws umgehen Maut
- Bahnbranche fordert Neuausrichtung der Verkehrspolitik
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

24 Wasser, Meere

- 20 Jahre Nationalpark Wattenmeer
- Neue Naturschutzgebiete in Nord- und Ostsee
- Weniger Hochwasser mit Ökolandbau

25 Service

- Termine, Information & Diskussion, Inhalt EU-Rundschreiben

Deutscher Alpenverein wird Naturschutzverband

Erster Sportverband mit Anerkennung nach Bundesnaturschutzgesetz

Seit September ist der Deutsche Alpenverein (DAV) als Naturschutzverband anerkannt. Der DAV ist der erste Sportverband, der nach einer gründlichen Prüfung als Naturschutzverband anerkannt wird. Diese Anerkennung auf der Grundlage des Bundesnaturschutzgesetzes hat das Ziel, die Anliegen des Naturschutzes zu stärken.

Ziel: Sport und Naturschutz in Einklang bringen

Der DAV ist Mitglied im DNR und hat für seine Mitglieder verbindlich die Naturverträglichkeit bei allen Vereinsaktivitäten in den Vordergrund gerückt. Er hat sich in seinem „Leitbild“ einem nachhaltigen Natur- und Umweltschutz verpflichtet. Der Verein lehnt darin ausdrücklich sportliche Aktivitäten und Veranstaltungen im Gebirge ab, die nicht natur- und landschaftsverträglich durchgeführt werden können. Ein Stopp für die weitere Erschließung von Skigebieten, vor allem auf Gletschern, umweltverträglicher Transitverkehr und ökologisch verträglicher Tourismus sind wichtige Ziele des Alpenvereins.

Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen Naturschutz

In Zukunft kann der DAV die formalen Mitwirkungs- und Klagerechte nach dem Bundesnaturschutzgesetz in Anspruch nehmen. Diese umfassen die Einsichtnahme in Sachverständigengutachten sowie die Gelegenheit zur Stellungnahme bei Verordnungen und Satzungen auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Der Alpenverein hat auch das Recht der Verbandsklage, kann also die Nichteinhaltung von naturschutzrechtlichen Normen gerichtlich verfolgen lassen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Alpenverein (DAV), Von-Kahr-Str. 2-4, 80997 München
Tel. 089 / 14003-0, Fax -23
eMail: info@alpenverein.de
www.alpenverein.de

Firmen dürfen stärker mit Umweltschutz werben

BGH erlaubt Hinweis auf Engagement für Umwelt auch ohne Bezug zur Ware

Unternehmen dürfen auch dann mit ihrer Unterstützung des Umweltschutzes werben, wenn diese keinen Sachbezug zu den angebotenen Waren hat. Das entschied der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe im September. Damit liberalisierte der BGH seine Rechtsprechung in diesem Punkt. Vor diesem Urteil galten strengere Maßstäbe für eine solche Imagewerbung von Firmen.

Appell an Umweltbewusstsein gilt nicht als wettbewerbswidrig

Nach Auffassung der Richter handelt eine Firma nicht wettbewerbswidrig, wenn sie in einer Anzeige darauf hinweist, dass sie sich für den Umweltschutz einsetzt. Die Verbraucher würden nicht unangemessen unsachlich beeinflusst. Eine Werbeaussage sei nicht schon dann unlauter, „wenn das Kaufinteresse maßgeblich durch Ansprechen des sozialen Verantwortungsgefühls geweckt werden sollte, ohne dass dies in einem sachlichen Zusammenhang mit den beworbenen Waren stehe“, argumentierten sie.

In dem Fall, der verhandelt wurde, ging es um die Unterstützung der Aktionsgemeinschaft Artenschutz (AGA) durch eine Optik-Kette. Die Werbung war in einer Zeitungsanzeige für Brillengläser mit UV-Schutz platziert. Dagegen klagte der Verband Wirtschaft im Wettbewerb mit der Begründung, die Werbung sei wettbewerbswidrig. Das Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart entschied zunächst, die Optik-Kette nutze im Interesse ihres Warenumsatzes das Engagement von Verbrauchern für den Umweltschutz aus. Der BGH hob nun das OLG-Urteil auf und wies die Klage ab. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesgerichtshof, Pressestelle, Herrenstraße 45a, 76133 Karlsruhe
Tel. 0721 / 159-5013, Fax -5501
eMail: pressestelle@bgh.bund.de
www.bundesgerichtshof.de
AZ: I ZR 55/02 - Urteil vom 22. September 2005

Lesenswert

Karriere in Nichtregierungsorganisationen

Politik als Beruf ist seit geraumer Zeit nicht mehr nur in Parteien, sondern auch jenseits derselben möglich. Die Veränderungen der Politikprozesse im Zuge der Globalisierung hat NGOs - Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International, CARE oder Greenpeace - zu politischen „Global Players“ gemacht. Politische Karrieren können auch in NGOs verwirklicht werden. Das Buch von Christiane Frantz analysiert Karrierebedingungen in NGOs, informiert über Karrierewege und über Typen von NGO-Politiker/innen. (mbu)

Christiane Frantz: Karriere in NGOs. Politik als Beruf jenseits der Parteien, Reihe: Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 22, VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005, 326 S., 32,90 Euro, ISBN: 3-531-14588-6

NGOs im Prozess der Globalisierung

Das Buch gibt eine Einführung in die Diskussionen über Nichtregierungsorganisationen, die Zivilgesellschaft, transnationale soziale Bewegungen, über „Global Governance“ und Formen der internationalen Demokratie. Es ist für die politische Bildung konzipiert worden. Untersucht werden Funktionen und Praxis von international agierenden NGOs und transnationalen sozialen Bewegungen in verschiedenen Politikfeldern. Z.B. geht es um die Rolle der NGOs im UN-System sowie die Frage ihrer Legitimation und ihres Einflusses in der Klima- und Biodiversitätspolitik. Außerdem beleuchten die Autor/innen die Grenzen und Möglichkeiten der NGOs in Kampagnen und die Handlungsformen ihrer Akteure in globalen Netzwerken. (mbu)

Achim Brunnengräber u.a. (Hg.): Mächtige Zwerge - umstrittene Riesen, Reihe: Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 17, VS Verlag 2005, 448 S.; Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung (Best.-Nr. 1400, 2,- Euro), Fax 01888 / 515113, info@bpb.de, www.bpb.de ■

Ehrenamtliche in Großschutzgebieten

Zielsicher zu mehr Engagement: Vorreiterrolle für Europarc

Das Europarc Projekt „Aufbau eines Freiwilligenprogramms in deutschen Großschutzgebieten“ ist in Deutschland einzigartig. Seit Februar 2004 versucht das auf zwei Jahre angelegte Projekt, Freiwillige zur Unterstützung und Ergänzung hauptamtlicher Mitarbeiter in Nationalparks, Biosphärenreservaten und Naturparks zu gewinnen. Aufbauend auf ein Pilotprojekt in den Brandenburger Großschutzgebieten 2003¹ beteiligen sich inzwischen weitere 12 Großschutzgebiete in sechs Bundesländern an dem Projekt. Nach gut anderthalb Jahren Laufzeit des länderübergreifenden Freiwilligenprogramms zeigen sich bereits vielfältige Erfolge.

Klare Struktur und Zielrichtung, professionelle Koordination

Das Konzept ist klar: Betreut werden Freiwillige vor Ort von qualifizierten hauptamtlichen Freiwilligenkoordinator/innen. Im Zuge schutzgebietsinterner Planungen werden detaillierte Stellenbeschreibungen für Freiwillige entwickelt, z.B. für „Besucherzentrenbetreuer/innen“, „Wanderwegepat/innen“, „Biberbetreuer/innen“ und „Amphibienlotsen“, eingeteilt in Kategorien wie praktischer Arten- und Biotopschutz, Gebietsbeobachtung/Monitoring, Öffentlichkeitsarbeit/Umweltbildung, Pflege/Kontrolle von Besuchereinrichtungen und Büroaktivitäten.

Die ausführliche Beschreibung der jeweiligen Mit-Mach-Angebote ist entscheidend für eine erfolgreiche Freiwilligenwerbung. In ihnen werden neben der Erläuterung der Aufgabe der Einsatzort, der ungefähre Zeitaufwand sowie erforderliche Kenntnisse oder Fähigkeiten aufgeführt. In der Beschreibung wird zudem aufgezeigt, welche Qualifizierungsmöglichkeiten seitens des Schutzgebietes angeboten werden und welche Ausrüstung die freiwilligen Mitarbeiter/innen benötigen bzw. gestellt bekommen.

¹ Abschlusspublikation des Brandenburger Pilotprojektes 2003 „Anstoß geben - Freiwilliges Engagement in Großschutzgebieten“; Internet-Download: www.europarc-deutschland.de/pages/infothek/public.htm

Die Projekterfahrungen machen deutlich, dass klare Aufgabenstellungen hilfreich sind, um Interesse am ehrenamtlichen Engagement zu wecken und Freiwilligen die Auswahl einer Tätigkeit nach ihren individuellen Motiven und Erwartungen zu ermöglichen. Dies zeigt das Beispiel Naturpark TERRA.vita (siehe Tabelle): Auf einen Pressehinweis in der regionalen Zeitung mit dem Angebot für Radfahrer, Touren per Rad im Naturpark zu leiten, meldeten sich mehr als 50 Interessierte.

Nach ihrer theoretischen und praktischen Einweisung nehmen sie nun ihre Tätigkeit als Tourenführer auf den so genannten TERRA.trails des Naturparks auf.

Internet als Erfolgsfaktor

Aussagekräftige Stellenbeschreibungen, persönliche Ansprache potentieller Freiwilliger und Pressearbeit gehören zur erfolgreichen Freiwilligenwerbung. Unverzichtbar ist durch seine einfache und schnelle Zugänglichkeit auch das Medium Internet. Das Freiwilligenprogramm in Großschutz-

gebieten präsentiert sich auf der Seite www.freiwillige-in-parks.de - hier finden sich:

- Stellenbeschreibungen für Freiwillige Erfahrungsbereichte von bereits aktiven Freiwilligen
- Steckbriefe der Freiwilligenkoordinator/innen
- das Infoblatt des Freiwilligenprogramms zum Download etc.

Gastautorin: Anne Schierenberg, Europarc Deutschland, Mitglied im DNR-Arbeitskreis Ehrenamtliches Engagement

• Weitere Informationen

Europarc Deutschland, Anne Schierenberg, Friedrichstr. 60, 10117 Berlin
Tel 030 / 288788215
eMail: anne.schierenberg@europarc-deutschland.de
www.freiwillige-in-parks.de

Beispiel: Einsatzstellen für Freiwillige im Naturpark TERRA.vita	
Bezeichnung der Tätigkeit	TERRA.trail-Radwander-Führer/in
Beschreibung der Tätigkeit	Führung von Besucher/innen per Fahrrad auf einem oder mehreren der 17 TERRA.trails
Einsatzort	die 17 TERRA.trails verteilen sich im gesamten Gebiet des Naturparks
Zeitaufwand, Einsatzzeiten, Einsatzdauer	mindestens 1 x jährlich je Trail; Dauer zwischen 3 und 8 Stunden
geforderte Kenntnisse/Fähigkeiten/Eigenschaften/Interessen	Fachkenntnisse zu Boden und Geologie, Karten lesen, Ortskenntnisse, Erste-Hilfe-Kenntnisse, Grundkenntnisse in Fahrradtechnik
evtl. Altersbeschränkungen	ab 18 Jahre
Qualifizierungsangebote	Vermittlung von Fachkenntnissen zu den Trails und zu den Themen durch den Naturpark, Informationsmaterial
von Freiwilligen geforderte Ausrüstung	geeignetes geländetaugliches Fahrrad, Fahrradhelm, Handy, zweckentsprechende Kleidung und Ausrüstung
evtl. Angaben zur kostenlosen Unterkunft	nicht erforderlich
Anmerkungen	Anreise und Durchführung der Veranstaltung läuft in Eigenregie; Unterstützung durch den Naturpark nach Absprache

Bilanz der Ernährungs- und Agrarpolitik von Rot-Grün

Kritik: 80 Prozent der Landwirtschaft vernachlässigt

Die Verbraucherorganisation Foodwatch hat die Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung als „nicht effizient“ bezeichnet. Hauptkritikpunkt: Das Konzept der Agrarwende habe sich zu sehr auf den Ökolandbau konzentriert, der lediglich einen kleinen Teil der Landbewirtschaftung ausmacht. Selbst wenn bis 2010 tatsächlich 20 Prozent der Fläche ökologisch bewirtschaftet würden, blieben immer noch 80 Prozent der Produktion mit erheblichen ökologischen Folgeschäden.

Schrittweise Ökologisierung des konventionellen Landbaus

Derzeit werden aber lediglich vier Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet, der Anteil von Bio-Produkten auf dem Lebensmittelmarkt beträgt drei Prozent. Als Alternative schlägt Foodwatch eine „schrittweise ökologische Modernisierung der konventionellen Landwirtschaft“ vor. Aus Sicht der Organisation hätten bereits geringe, aber Flächen deckende Verbesserungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder Mineraldünger, bei der Fütterung und Haltung von Tieren eine größere Wirkung als der Ausbau des reinen Ökolandbaus um wenige Prozentpunkte.

Fairer Wettbewerb nur mit Verursacherprinzip

Der Verband warf der rot-grünen Regierung vor, sie habe ein unrealistisches Ziel und ein falsches Konzept verfolgt. Eine wirkliche Wettbewerbsfähigkeit von Bio-Produkten sei nur mit der Einführung des Verursacherprinzips in der gesamten Landwirtschaft zu erreichen. Zur Zeit gilt nämlich nicht, dass die Verschmutzer auch für die von ihnen verursachten Schäden zahlen. Dabei gehört die konventionelle Landwirtschaft nach einem Gutachten des Umwelt-Sachverständigenrates der Bundesregierung (SRU) von 2004 zu den Wirtschaftssektoren, die die Umwelt am meisten belasten. Würden die Agrarbetriebe für ihre Umweltbelastungen zur Kasse gebeten, wie in anderen Branchen üblich, wären ihre Produkte teurer und Ökowaren annähernd wettbewerbsfähig, so das Fazit von Foodwatch.

Differenzierte Qualitätssiegel

Auch das Bio-Siegel bzw. dessen isolierte Einführung steht in der Kritik der Verbraucherorganisation. Ihrer Auffassung nach müsste es ein weiteres Siegel für die konventionelle Landwirtschaft geben, wie es ursprünglich in der Regierungserklärung Renate Künasts von 2001 vorgesehen gewesen sei. Mit einer weiteren Qualitätsdifferenzierung, z.B. der Kennzeichnung für Produkte aus der Region, hätten Verbraucher/innen die Möglichkeit, nach anderen Kriterien als dem Preis einzukaufen.

Positiv hob Foodwatch das Verdienst von Künast hervor, die Notwendigkeit von Verbraucherschutz und einer modernisierten Landwirtschaft überhaupt in die Öffentlichkeit getragen zu haben. Allerdings seien die möglichen Spielräume für zukunftsweisende Veränderungen nicht ausreichend genutzt worden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin
Tel. 030-28093995, Fax -24047626
eMail: info@foodwatch.de
www.foodwatch.de

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), Reichpietschufer 60, 10785 Berlin
Tel. 030 / 263696-0, Fax -109
eMail: sru-info@uba.de
www.umweltrat.de

Deutschland importiert nach wie vor illegales Holz

WWF-Studie: Viele Tropenhölzer stammen aus Raubbau

Deutschland importiert mehr als 23 Prozent seines Tropenholzes im Wert von 150 Millionen Euro direkt oder über Transitländer aus Indonesien. Drei Viertel der indonesischen Holzexporte stammen aus illegalen Quellen. Das ergab die WWF-Studie „Heiße Ware Tropenholz“, die im August veröffentlicht wurde.

EU-weit fällt die Bilanz noch kritischer aus. In der Europäischen Union wurde 2003 aus ganz Asien illegales Holz im Wert von 2,6 Milliarden Euro importiert. Auf der Grundlage der Außenhandelsdaten der EU ermittelte der WWF einen enormen volkswirtschaftlichen Schaden. Der illegale Handel, eine geduldete Form der organisierten Kriminalität, drücke den Holzpreis weltweit um bis zu 16 Prozent. Das schade nicht nur dem Wald, sondern auch nachhaltig wirtschaftenden Waldbesitzern und Holzunternehmen.

Illegaler Holzhandel kontraproduktiv für nachhaltige Forstwirtschaft

Das Geschäft mit dem illegalen Holz trägt laut WWF maßgeblich zur Zerstörung der Regenwälder bei. Auf der indonesischen Insel Borneo sei abzusehen, dass die artenreichen Tieflandregenwälder, Heimat der letzten Orang-Utans, bis 2012 verschwinden. Bis heute hätten die asiatischen Menschen bereits 80 Prozent ihres ursprünglichen Lebensraumes verloren. Ihre Zahl sei seit Anfang der 90er Jahre um zwei Drittel auf 55.000 Tiere gesunken. Die Menschen in den betroffenen Gebieten würden von der Holzindustrie ausgebeutet. Der WWF forderte erneut ein Verbot des Holzhandels aus illegalen Quellen. Ein von Bundesumweltminister Trittin in diesem Jahr vorgelegtes Urwaldschutzgesetz war jedoch an Union und FDP gescheitert. (mbu) ■

• Weitere Informationen

WWF Deutschland, Waldexpertin Nina Griebhammer, Rebstocker Straße 55, 60326 Frankfurt/Main
Tel. 069-79144194, Fax -617221
eMail: griesshammer@wwf.de
www.wwf.de/borneo

Kurzmeldungen

Nachwachsende Rohstoffe haben Konjunktur

Der Anbau nachwachsender Rohstoffe hat sich seit Beginn der 90er Jahre mehr als verfünffacht. Auf über 1,4 Millionen Hektar, das sind 12 Prozent der gesamten Ackerfläche, wachsen nach Angaben der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) mittlerweile Industrie- und Energiepflanzen. Damit seien sie zu einem Standbein für die Landwirte und einer unverzichtbaren Rohstoffquelle für die Industrie geworden. Die FNR geht davon aus, dass in Deutschland langfristig auf bis zu vier Millionen Hektar nachwachsende Rohstoffe angebaut werden könnten. Das heiÙe nicht nur Raps für Biodiesel oder „Energiegetreide“. Zunehmend würden auch Rohstoffe für die Bauwirtschaft auf dem Acker erzeugt. (mbu)

FNR, 03843 / 6930-0, www.fnr.de

Transfair-Siegel nun auch für Rosen

Der Verein für fairen Handel Transfair vergibt seit September auch Siegel für Blumen, zunächst Rosen. Für die Vergabe sind Mindestkriterien erforderlich. So müssen die Waren ohne Zwischenhändler direkt vom Produzenten kommen. Für die Importeure gelten Mindestpreise, die über dem Weltmarktniveau liegen. Dadurch werden neben den Produktionskosten auch die täglichen Lebenshaltungskosten auf den Farmen gedeckt. Die neue Marke Fairfleur bringt eine Erweiterung des bisherigen Transfair-Sortiments von Bananen, Kaffee und Schokolade. Die Blumen sind in ausgewählten Supermärkten erhältlich. Nach Transfair-Angaben gab es bei den Fairtrade-Produkten im vergangenen Jahr ein Wachstum von 30 Prozent. (mbu)

Transfair, Köln, Tel. 0221 / 942040-0, www.transfair.org



Lesenswert

Die Billig-Lüge: Tricks und Machenschaften der Discounter

Wenn Sie sich zum Frühstück frische Brötchen schmecken lassen, dazu ein Glas Orangensaft, denken Sie vielleicht an eine Backstube um die Ecke oder sonnige Plantagen in Südeuropa. Vermutlich weit gefehlt. Denn der Teig für die Brötchen wird immer häufiger in Marokko oder Tunesien hergestellt. Mit niedrigen Produktionskosten und aus billigen Zutaten, wie der Autor Franz Kotteder recherchiert hat. Der Orangensaft kommt vermutlich aus Brasilien, wo 90 Prozent des weltweit umgesetzten Saftkonzentrats entstehen. Dass ein Liter O-Saft hier zu Lande für durchschnittlich 0,5 bis 1 Euro verkauft werden kann, liegt vor allem an den geringen Löhnen, die die Pflücker für ihre Akkordarbeit bekommen. Ohne soziale Absicherung verdienen sie etwa 12 Euro für einen 14-Stunden-Tag. Und das in einem Land mit annähernd so hohen Lebenshaltungskosten wie Deutschland. Kotteder legt an Hand zahlreicher Beispiele, z.B. auch der deutschen Milchproduktion, offen, wie Billigpreise in Discountern, Qualität der Waren und Arbeitsbedingungen in der Produktion und im Verkauf zusammenhängen. Doch die Verbraucher/innen haben die Möglichkeit, diesem Teufelskreis aus Ausbeutung und Billigangeboten ein Ende zu machen. Dafür hat der Autor Tipps parat. (mbu)

Franz Kotteder: Die Billig-Lüge - Tricks und Machenschaften der Discounter, Droemer-Verlag 2005, 268 S., 18,- Euro; ISBN: 3-426-27371-3



Folgen der Erderwärmung alarmieren Wald-Expert/innen

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald für Erneuerbare Energien

Die gehäuften Naturkatastrophen im Süden der USA zeigen nach Ansicht der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), dass ein weltweites Umdenken in der Energiepolitik notwendig und längst überfällig ist. Aussagen von Klimafor-scher/innen ließen eine Zunahme extremer Wetterereignisse, wie die Flut in Bayern, die Hitzewelle auf der Iberischen Halbinsel oder Hurrikans, befürchten. Der Ausbau der erneuerbaren Energien sei wesentlich kostengünstiger als die durch den Klimawandel zu erwartenden Schäden, die von Expert/innen allein in den USA bis 2050 auf über 400 Milliarden US-Dollar veranschlagt werden.

In diesem Jahr hat es bereits zwölf Tropenstürme oder Hurrikans gegeben, so viele wie sonst im gesamten Jahr. Expert/innen erwarten noch weitere Stürme. Verantwortlich für die immer häufigeren und immer extremeren Wetterereignisse ist die Erwärmung der Erde. Diese wird u. a. durch die Klima schädigenden Treibhausgase in der Erdatmosphäre, vor allem das Kohlendioxid, verursacht.

Die SDW hofft in diesem Zusammenhang auf ein Einlenken der USA in Sachen Klimaschutz. Als weltweit größte Emittenten von Kohlendioxid (fast ein Viertel des Ausstoßes) verweigern sich die Verantwortlichen in Washington bisher internationalen Klimaschutzabkommen und subventionieren stattdessen weiter die Kohle- und Ölindustrie.

In Deutschland vermeide der bisherige Ausbau der regenerativen Energien jedes Jahr mehr als 70 Millionen Tonnen CO₂. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), Sabine Krömer-Butz, Meckenheimer Allee 79, 53115 Bonn
Tel. 0228 / 9459-830, Fax -833
eMail: sabine.kroemer-butz@sdw.de
www.sdw.de

Experten: Windenergie kann Versorgungssicherheit leisten

SFV: Unregelmäßigkeiten sind technisch beherrschbar

Der Solarenergie-Förderverein (SFV) wehrt sich gegen den Vorwurf, Windenergie könne aufgrund ihrer Unstetigkeit keine Versorgungssicherheit gewährleisten. Die Leistungsschwankungen, so der SFV, würden sich bei ihrer Summierung glätten. Diese Summen-Leistung ändere sich nur langsam und sei durch den Wetterdienst zu prognostizieren.

Diese Leistung wird im „Fahrplan“ für die Mittellastkraftwerke berücksichtigt. Dieser Fahrplan berücksichtigt das voraussichtliche Verhalten der Verbraucher und die zu erwartenden Erträge der Windanlagen. Bei Prognosefehlern kann es zu einem Überangebot oder Mangel an Windstrom kommen. Weil sich die Gesamtleistung landesweit aber nur langsam ändere, bleibe ausreichend Zeit für eine energiesparende Korrektur, so der SFV. Bei Teillastbetrieb werde das Kraftwerk nicht mit voller Brennstoffzufuhr gefahren, der Brennstoffverbrauch sei geringer und die Leistung könne praktisch ohne Zeitverlust erhöht werden.

„Ausgleich durch Kohlekraftwerke nicht nötig“

Windenergie-Kritiker/innen argumentieren, dass für einen plötzlichen Ausfall der Windenergieleistung Kohlekraftwerke ständig bei gleicher Leistung unter Dampf gehalten werden müssen, ohne dass ihr Strom benötigt wird. Ein Rückgang der Windleistung kann jedoch nach Ansicht des SFV von ganz normalen Kohlekraftwerken ausgeglichen werden, die bis dahin noch nicht mit voller Leistung Strom erzeugt haben und deren Brennstoffzufuhr bei Bedarf schnell erhöht werden kann. Der Gesetzgeber muss nach Ansicht des SFV Anreize zum bedarfsorientierten Einspeisen und zeitgerechten Speichern von Strom bieten. (if) ■

• Weitere Informationen

Solarenergie-Förderverein Deutschland e. V. (SFV), Herzogstraße 6, 52070 Aachen
Tel. 0241-511616, Fax-535786
eMail: zentrale@sfv.de
www.sfv.de

Forderungen nach „Nationalem Energieplan“

DUH drängt wegen Klimawandel zu schnellem Handeln

Deutschland muss drastische Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel ergreifen. Das fordert die Deutsche Umwelthilfe (DUH). Zur Minderung des Energieverbrauchs schlägt die DUH einen „Nationalen Energieplan“ vor, der kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen für einen effizienteren Einsatz knapper Ressourcen miteinander verbindet. Die erste Aufgabe einer neuen Bundesregierung sei es, den Ölverbrauch herunterzufahren, um sich auf eine weltweite Ölversorgungskrise vorzubereiten und die Kostenexplosion zu dämpfen, forderte Jürgen Resch von der Umwelthilfe. Angesichts der Gefährdung von einem Viertel der US-amerikanischen Erdöl- und Erdgasraffinerien durch den Hurrikan „Rita“ hält die Umwelthilfe einen Anstieg der Benzinpreise auf 1,80 Euro je Liter Benzin bis zum Jahresende für möglich. Ein „Nationaler Energieplan“ müsse sich vordringlich auf sofort greifende Maßnahmen konzentrieren.

Kurzfristige Maßnahmen: Weniger und langsamer Auto fahren

Zu den von der Umwelthilfe vorgeschlagenen Kurzfristmaßnahmen für geringeren Kraftstoffverbrauch zählt eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen, befristete Fahrverbote ab einem bestimmten Preisniveau zum Beispiel an Sonn- und Feiertagen und die Förderung von Fahrgemeinschaften. Mittelfristig müsse der Kraftstoffverbrauch von Pkw deutlich reduziert werden. Außerdem gehe es darum, Anreize für einen intelligenteren Umgang mit Energie von der Energiebereitstellung bis zum Verbrauch zu schaffen. Die DUH forderte die deutschen Autohersteller auf, ihre Klage gegen das kalifornische Klimaschutzgesetz zurückzuziehen und statt dessen effizientere und saubere Autos herzustellen. (if) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: info@duh.de
www.duh.de

Breites Anti-AKW-Bündnis ruft zum Handeln auf

Bundesweite Demonstration gegen Atomenergie am 5. November

Ein breites Bündnis aus Umwelt- und Friedensverbänden, Bürgerinitiativen und anderen gesellschaftlichen Gruppen hat zum Widerstand gegen die Atomenergie aufgerufen. Als Zukunftsperspektive für die Energieversorgung schlägt die Anti-Atom-Initiative den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien vor. Im November soll wieder ein Castor-Transport nach Gorleben rollen. Aus diesem Anlass und wegen des anhaltenden Protests in der Region findet am 5. November eine bundesweite Demonstration in Lüneburg statt. Außerdem wurde eine eMail-Kampagne gestartet (siehe S. 11).

Die Initiator/innen, darunter DNR, BUND NABU, IPPNW und Robin Wood, wiesen in ihrem Aufruf zu der Demonstration auf die Risiken der Atomtechnik hin. Auch in deutschen AKWs könne es zur Kernschmelze kommen, der GAU (größte anzunehmende Unfall) wie in Tschernobyl 1986 könne auch hier passieren. Mit Atomenergie könnten Kriege geführt werden, das Problem der Entsorgung von Atommüll hätten Wissenschaftler bis heute nicht lösen können, sichere Endlager gebe es nicht.

Erneuerbare Energien für Klimaschutz und Sicherheit

Das Anti-Atom-Bündnis befürchtet außerdem, dass für die Weiterentwicklung der Erneuerbaren Energien Investitionsgelder fehlen werden, wenn eine neue Regierung stattdessen auf die „Dinosauriertechnik“ setzt. Die Erneuerbaren Energien bedeuten dagegen Klimaschutz, Sicherheit bei der Erzeugung und Verfügbarkeit sowie niedrigere Preise in Zukunft. (mbu) ■

• Weitere Informationen

DNR, Thomas Frischmuth, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-83
eMail: thomas.frischmuth@dnr.de
www.erneuerbare-statt-atom.de

Materialbestellung:

Netzwerk Friedenskooperative, Bonn,
Fax 0228 / 692906
eMail: friekoop@bonn.comlink.org
Spenden: Kto. Nr. 33035, Förderverein
Frieden e.V., Sparkasse Bonn, BLZ
380 500 00, Kennwort: Demo LG 5-11

Klima wird nicht durch Atomenergie geschützt

60 neue AKW könnten CO₂-Ausstoß ausgleichen - technisch unmöglich

Wirkungsvoller Klimaschutz ist mit einem Wiedereinstieg in die Atomenergie nicht möglich. Um alle Kraftwerke, die CO₂ ausstoßen, durch Atomenergie zu ersetzen, müssten in Deutschland 60 neue Atomkraftwerke gebaut werden. Was schon aus technischen Gründen nicht möglich ist. Das ist die Kernaussage eines Hintergrundpapiers, das Greenpeace im September veröffentlichte. Die Atomenergie auszubauen sei sogar schädlich für den Klimaschutz, weil das Geld dann bei Erneuerbaren Energien fehle.

Vor drei Jahren hatte die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages durchgerechnet, wie Klimaschutz mit Atomkraft zu machen wäre. Das Ergebnis: Bis 2050 müssten zu diesem Zweck 60 neue Atomkraftwerke gebaut werden. Der Bau eines einzelnen AKW dauert ungefähr acht Jahre. Es müssten also bis zu 16 Atomkraftwerke parallel gebaut werden.

Kernkraft ist Hochrisiko-Technologie

Die Kapazitäten zum Bau so vieler AKW seien überhaupt nicht vorhanden, heißt es in dem Hintergrundpapier. Die europäische Reaktorindustrie könne nicht einmal einen einzigen Reaktor ohne fremde Hilfe fertig stellen. Außerdem bleibe die Kernkraft weiterhin äußerst gefährlich. Die Risiken seien ein möglicher GAU, der Atommüll, für den es kein sicheres Endlager gebe, und die Bedrohung durch Terroristen.

Gutachten: Ausstieg aus dem Atomkonsens juristisch nicht machbar

Genau hier setzt ein Gutachten der Deutschen Umwelthilfe vom September an. Eine Verlängerung der Reaktorlaufzeiten, wie sie CDU/CSU gern wollten, ist danach rechtlich nicht möglich. Nach Auffassung der Jurist/innen ist für eine Laufzeitverlängerung für jedes AKW ein eigenes Genehmigungsverfahren notwendig. Die Betreiber müssten nachweisen, dass die Meiler auch vor Terrorangriffen sicher seien. Diese Regelung wurde nach den Anschlägen vom 11. 9. 2001 in den USA eingeführt. Nach Kenntnis der DUH entsprechen die alten deutschen Reaktoren nicht den aktuellen Sicherheitsstandards. Die rot-grüne Bundesregierung hatte sich 2002 mit den AKW-Betreibern auf den so

genannten Atomkonsens geeinigt. Dieser sieht für die Kraftwerke eine Befristung der Laufzeiten vor. Die Genehmigungen gelten, bis die Strommenge erzeugt wurde, die 32 Betriebsjahren entspricht. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: info@duh.de
www.duh.de

Greenpeace, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100
eMail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Verantwortung der Industrie für Klimawandel gefordert

Verursacher sollen Kosten übernehmen

Die Flutkatastrophe, die im August Süddeutschland getroffen hat, entspricht nach Ansicht von Experten genau den Szenarien des Klimawandels. Auch Umweltverbände sehen darin einen weiteren Beleg dafür, dass der Klimawandel schon begonnen hat. Wichtig sei den Menschen vor Ort zu helfen, aber vor allem auch die Verursacher des Klimawandels zu benennen. Anstatt die Kosten von Überschwemmungen nur aus Steuergeldern zu bezahlen, müsse die Industrie als Verursacher in die Pflicht genommen werden.

Appell an Industrie zur Selbstverpflichtung

Nach Ansicht von Greenpeace haben Stromkonzerne wie RWE und Eon ihre Verantwortung für den Klimawandel bislang nicht angenommen. Statt Klimaschutz zu betreiben spekulierten sie mit den Zertifikaten zum Ausstoß von Kohlendioxid und trieben die Strompreise in die Höhe. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) forderte dagegen, beim Klimaschutz auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie zu setzen statt auf das rechtliche verbindliche Kyoto-Protokoll und den Emissionshandel. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kann eine konsequente Klimaschutzpolitik in Deutschland jährlich Klimaschäden in zweistelliger Milliardenhöhe vermeiden. Für das Jahr 2050 bezifferte das DIW die vermeidbaren Kosten auf 27 Milliarden Euro. (if) ■

• Weitere Informationen

Greenpeace, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100
eMail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de/klima

Kurzmeldungen

Intelligenter Energieeinsatz in Städten und Gemeinden: Workshops

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) veranstaltet im November sechs Workshops zum Thema „Intelligenter Energieeinsatz in Städten und Gemeinden“. Von Erfurt bis Münster, von Mannheim bis Potsdam geht es dann um Themen wie kommunales Energiemanagement, Klimaschutz in der Siedlungsentwicklung und in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit. Bis zu 30 Prozent der kommunalen Energiekosten können damit in wenigen Jahren eingespart werden. Die DUH hat Expert/innen aus ganz Deutschland als Referent/innen gewonnen, die praxisnahe Beispiele vorstellen werden. Die Workshops richten sich an Bürgermeister, kommunale Energie- und Umweltbeauftragte sowie interessierte Bürger/innen. Neben der Gemeindekasse profitiert auch das Klima vom intelligenten Energieeinsatz. Denn durch nichts kann der CO₂-Ausstoß so wirksam und schnell vermindert werden wie durch Energiesparen. (mbu)

Termine: Siehe Seite 26 oben rechts
DUH, Radolfzell, Tel. 07732 / 9995-30
www.energiesparkommune.de

Energiekosten von 1998 bis 2003 um über 25 Prozent gestiegen

Deutsche Haushalte geben immer mehr Geld für Energie aus. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts vom September bezahlten sie 2003 für Heizung, Strom und Kraftstoffe monatlich 202 Euro. 1998 waren es noch durchschnittlich 160 Euro und damit gut ein Viertel weniger. Die steigenden Energiepreise verteuerten auch das Wohnen und die Fortbewegung beträchtlich. (mbu)

Statistisches Bundesamt, Tel. 0611 / 751,
www.destatis.de

Endlager Morsleben soll geschlossen werden

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat Mitte September beim Umweltministerium in Sachsen-Anhalt die Unterlagen für die Schließung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) eingereicht. Der Atom Müll soll in dem Salzstock dauerhaft isoliert werden. Dafür sind laut BfS vier Millionen Kubikmeter Salzbeton, ein Gemisch aus Salz, Asche, Zement und Wasser, notwendig. Das Genehmigungsverfahren könne bis 2009 dauern, die

Schließung des Salzlagers werde die Steuerzahler gut 2 Milliarden Euro kosten. Die Atomkonzerne müssen nichts zahlen, obwohl sie in den vergangenen 10 Jahren dort ihren Müll abgeladen haben. Aus ihrer Sicht ist Morsleben eine DDR-Altlast. BfS-Präsident Wolfram König betonte, für die künftige Entsorgung des Atom Mülls gebe es keine technologische Lösung. (mbu)

BfS, 01888 / 3330, www.bfs.de

eMail-Kampagne gegen Atom-Comeback

Die Kampagne „ausgestrahlt“, getragen vom BUND, der Initiative X-tausendmal quer und dem Online-Bürger Netzwerk Campact, ruft auf aktiv zu werden gegen eine Renaissance der Atomenergie und für einen Atomausstieg. Die Atompolitik werde ein zentraler Streitpunkt der Koalitionsverhandlungen sein. Laut Umfragen erwarten 70 Prozent der Bevölkerung, dass die Reaktoren stillgelegt werden. Das Ziel der Kampagne ist es, den Ort der Koalitionsverhandlungen „mit hunderten Argumenten von Bürgern und Bürgerinnen zu belagern“. Schon über 1.500 Menschen haben die Erklärung unterzeichnet und damit bekundet, gegen ein Comeback der Atomenergie aktiv werden zu wollen. (if)

Argumente gegen eine Atom-Renaissance:
www.ausgestrahlt.de/atom/info/home
Unterzeichnen, Argument beitragen:
www.campact.de/atom/home

■

Lesenswert

Schwarzbuch Öl

Die Autoren haben den Einfluss der weltweiten Öllobby und die Zusammenhänge zwischen Öl und Politik recherchiert. Das Buch widmet den 20 reichsten und mächtigsten Konzernen ausführliche Portraits: dazu gehören Verstrickungen in die Weltpolitik, ihre nachweisbaren Vergehen gegen die Menschenrechte und die Umwelt sowie ihre Entstehungsgeschichte. Der Durst nach dem „schwarzen Gold“ steigt immer weiter. Der Wohlstand der Ölkonzerne blüht, dieses Jahr werden diese Konzerne mit Abstand die höchsten Profite in der gesamten Geschichte einfahren. ExxonMobil sagt den Höhepunkt der globalen Ölförderung für 2010 voraus. Danach werden die Fördermengen durch die Verknappung der Ressourcen sinken. Vorhersehbar ist der Konflikt um das zur Neige gehende Öl schon heute, allerdings könnte die Intensität alle bisherigen Konflikte in den Schatten stellen, warnen die Autoren. Was derzeit nur als kalter Krieg an den Börsen ausgetragen wird, könnte schon bald in Waffengewalt enden. Dass der Kampf um das „schwarze Gold“ bereits zu Bürgerkriegen geführt hat, wird offensichtlich in Staaten wie Sudan, Angola, Jemen, Kolumbien, Burma, Indonesien, Nigeria, Algerien und Kongo. Das „Schwarzbuch Öl“ zeigt auch Auswege aus der Krise auf: Eine dezentrale, ökologische und solidarische Energieversorgung könnte das Ölzeitalter beenden und gleichzeitig die Wende zu einer friedlicheren Welt einleiten. (if)

Thomas Seifert/Klaus Werner: Schwarzbuch Öl - eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld, Deuticke/Zsolnay-Verlag, Wien 2005, 320 Seiten, 21,50 Euro, ISBN 3-552-06023-5

Ökostrom statt Wasserstoffwirtschaft

In der Ausgabe 2/05 der Publikation Solarzeitalter geht es um Strom aus erneuerbaren Energien. Dieser wird die „Leitwährung“ künftiger Energieversorgung sein, so die These des Autors Ulf Bossel. Die Energiezukunft ist seiner Auffassung nach deutlich erkennbar: Nach Versiegen der fossilen Vorräte müsse die Menschheit ihren Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen befriedigen. Statt chemischer Energie werde dann vorwiegend elektrische Energie von Wind-, Wasser und Solarkraftwerken zur Verfügung stehen. Ergänzt werde das Energieangebot durch

Biomasse. Die Zukunft gehöre der elektrischen Energie, so der Autor. (mbu)

Ulf Bossel: Elektronenwirtschaft statt Wasserwirtschaft, 5 S., in: Solarzeitalter 2/05; Download (370 KB); www.eurosolar.org/new/de/downloads/SZA_bossel.pdf

Schwarzbuch Klimawandel

Wissenschaftlich fundierte Informationen über den globalen Klimawandel liefert dieses Schwarzbuch. Es zeigt auch, wie komplex sich veränderte Wettersituationen lokal auswirken können. Extremereignisse wie die Hochwasser in Europa 2002 oder der Hitzesommer 2003 in Mittel- und Westeuropa werden exemplarisch beschrieben. Die Autor/innen zeigen außerdem, was die Politik und jede/r Einzelne tun können. (mbu)

Helga Kromp-Kolb, Herbert Formayer: Schwarzbuch Klimawandel. Wie viel Zeit bleibt uns noch? Ecowin Verlag, Salzburg 2005, 19,90 Euro, ISBN 3-902404-14-0

Für den Unterricht: „Zeitbild Wissen“ zum Klimaschutz

Die erste Ausgabe des neuen Magazins „Zeitbild Wissen“ beschäftigt sich mit den Themen Klimaschutz, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Die Publikation verbindet laut Verlag populärwissenschaftliche Artikel mit praktischen Tipps für den schulischen Alltag und Kopiervorlagen für den direkten Einsatz im Unterricht. Themen der Ausgabe im Einzelnen: ein Vorwort des Klimaexperten Mojib Latif, Ursachen und wirtschaftliche Folgen des Klimawandels, Klimaszenarien, Tipps für Klimaschutzprojekte an Schulen, Wege zum Energiesparen im Haushalt und Erneuerbare Energien. Das Magazin entstand u.a. in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltministerium. Es ist Teil der im Zusammenhang mit dem Kyoto-Protokoll gestarteten Kampagne „Jugend mit unendlicher Energie“. (mbu)

Zeitbild Wissen - Thema Klimaschutz, für Lehrkräfte kosten- und spesenfrei; Hrsg./Bezug: Zeitbild Verlag, Berlin, Tel. 030 / 320019-32, Fax -11, eMail: frank.richter@zeitbild.de

Das atomare Kuckucksei

In diesem Buch geht es um die Geschichte des Forschungsreaktors München II, den der Verfasser für „überflüssig, teuer und Bomben-gefährlich“ hält. Der Reaktorkern

enthält nach den Recherchen von Armin Simon waffenfähiges, hoch angereichertes Uran. Der Autor beschreibt, wie Wissenschaftler daran arbeiten, einen Markt für diesen Stoff zu schaffen, der allen Abrüstungszielen widerspricht. Ein provokantes, kritisches Buch, das die Verwendung von staatlichen Forschungsgeldern in Frage stellt. (mbu)

Armin Simon: Das atomare Kuckucksei; Buchbäcker Verlag München 2005; 428 S., 14,90 Euro, ISBN 3-9808950-3-3

Illegale Genpflanzen-Saat in Deutschland

Irrtümer bei Versand und Verarbeitung

Das Saatgut-Unternehmen Seminis Vegetable Seeds Deutschland, eine 1,4 Milliarden Dollar teure Tochter des US-Konzerns Monsanto, hat 90 Gramm Mustersaatgut einer gentechnisch-veränderten Zucchini-sorten nach Deutschland geschickt. Nach Angaben der Firma handelte es sich um einen Versandfehler. Ein Teil der Samen wurde in der Vorderpfalz, dem rheinland-pfälzischen „Gemüsegarten“, ausgepflanzt. Die Gemüsesorte ist in der EU nicht zugelassen. Eine Genehmigung zur Einfuhr wurde nach Angaben des Mainzer Umweltministeriums nicht erteilt. Die Pflanzen seien mittlerweile wieder außer Landes geschafft worden.

Angeblich keine Weiterverbreitung der ungenehmigten Zucchini möglich

Seminis beteuerte, dass es keine genveränderte Zucchini-Pflanzen mehr in Deutschland gebe. Das ausgesäte Gemüse wurde im Juli kurz nach dem Auspflanzen entdeckt und nach Angaben des Konzerns vor dem Blühen und Ansetzen von Früchten wieder ausgerupft. Die Zucchini-Gene hätten nicht ausgekreuzt werden oder in den Handel gelangen können. Genau dies wird derzeit noch von den Behörden überprüft.

Dass offenbar 1000 Körner genverändertes Saatgut ungenehmigt aus den USA über die Niederlande in die Bundesrepublik eingeführt wurden, ist nicht ohne Brisanz. Offiziell ist es fehlerhaft etikettiert gewesen. Die Zucchini, die aus Kalifornien stammen und dort seit 1995 angebaut werden, seien niemals für den Gebrauch in Europa gedacht gewesen, beschwichtigte Seminis. In den USA sei die Sorte als gesundheitlich unbedenklich eingestuft worden.

Unfreiwilliger Genmais-Anbau in Bayern und Baden-Württemberg

Bereits im Juli wurde nach Angaben des gen-ethischen Netzwerks bekannt, dass über 20 Landwirte in Bayern ohne ihr Wissen gen-veränderten Mais angepflanzt haben. Eine Lieferung der Sorte Clarica des Saatgut-Konzerns Pioneer sei verunreinigt gewesen. Das bayerische Landwirtschaftsministerium forderte die Bauern auf, das Saatgut unterzupflügen oder die Flächen beim Standortregister nachzumelden. In Baden-Württemberg empfahl

das zuständige Ministerium, die kontaminierten Pflanzen klein zu häckseln. Pionier hat in beiden Ländern den Bauern eine Entschädigung zugesagt.

Abl: „Gen-Saat-Pannen“ sind bewusstes Kalkül

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) bezweifelt, dass es sich um Pannen handelt. Dahinter stecke System, sagte die Gentechnik-Expertin Anneliese Völling. Die Gen-Industrie der USA versuche Europa mit dem Saatgut zu „verdrecken“. Allein in diesem Jahr sei dies schon drei Mal vorgekommen. Neben den Fällen Seminis und Pioneer war Bt10-Mais in Europa verkauft worden, obwohl nur die Sorte Bt 11 zugelassen ist.

Auch mit wissenschaftlichen Erkenntnissen gehen die Saatguthersteller aus Sicht von Gentechnik-Kritikern zu sorglos um. Im Sommer musste Monsanto eine Futterstudie zum Gentech-Mais MON863 veröffentlichen, die nicht so positiv ausfiel, wie sich der Konzern das erwünschte. Die Aussage „Kein Anzeichen für negative Effekte“ musste der Saatguthersteller schließlich weglassen, denn das Toxin, das der Mais gegen den Maiswurzelbohrer erzeugt, schädigt möglicherweise Säugetiere. Bei Ratten, die 90 Tage mit MON863 gefüttert wurden, kam es zu Nierenschäden, bei Männchen zu einer Zunahme von weißen Blutkörperchen, bei Weibchen zu einem erhöhten Blutzuckerspiegel. (EUR 10.05, S. 20) (mbu) ■

• Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
Tel. 02381 / 9053170, Fax /492221
eMail: info@abl-ev.de
www.abl-ev.de

Gen-ethisches Netzwerk, Brunnenstraße 4, 10119 Berlin-Mitte
Tel. 030 / 6857073, Fax /6841183
eMail: gen@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

www.biosicherheit.de
www.seminis.com

Tafeln gegen Gen-Getreide

Tausende lieben sich Bio-Frühstück im öffentlichen Raum schmecken

In 146 Städten zwischen Kiel und Friedrichshafen, Dresden und Köln haben Mitte September Menschen mit einem Biofrühstück unter freiem Himmel gegen Agrogentechnik demonstriert. Der größte Frühstückstisch wurde trotz Regens in Berlin gedeckt, wo rund 6.000 Teilnehmer/innen zum Schlossplatz kamen. Bundesverbraucherministerin Renate Künast tafelte in Hamburg mit.

Der Vorsitzende des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) Felix Prinz zu Löwenstein, der die Aktion initiiert hatte, freute sich über die große Resonanz zu einem Zeitpunkt, wo z.B. das Gentechnikgesetz wieder in Frage gestellt wird. Dabei bestätigten die jüngsten Umfragen des Forsa-Instituts, dass über 75 Prozent der Verbraucher/innen Gentechnik im Essen ablehnten.

Bioprodukte aus der Region

Das Berliner Biofrühstück war kostenlos. Es wurde durch die Spenden aus der Biobranche finanziert und von einem breiten Bündnis von Umwelt- und Erzeugerverbänden, Gewerkschaften und Kirchen unterstützt. Verzehrt wurden Bioprodukte aus der Region, darunter 7000 Brötchen und Brotscheiben, 170 Kg Butter und Margarine sowie 700 Liter Tee und Kaffee. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Tel. 030 / 28482 -300, Fax -309,
eMail: info@boelw.de
www.boelw.de

Stiftung Naturschutz Berlin, Potsdamer Straße 68, 10785 Berlin
Tel. 030 / 26-3940, Fax -5277
eMail mail@stiftung-naturschutz.de
www.stiftung-naturschutz.de

Raiffeisenverband auf Pro-Gentechnik-Kurs

Landwirte fordern gentechnikfreie Futtermittel

Ende September haben Bauern den Haupteingang des deutschen Raiffeisenverbandes in Bonn versperrt und gefordert, dass dieser bei der Gentechnik die Interessen der Bauern vertritt. Unterstützt wurden die Bauern bei ihrer Aktion von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), dem Öko-Anbauverband Bioland und dem BUND. Seit Beginn der Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Futtermittel im April 2004 weigerte sich der größte deutsche Futtermittelhändler beharrlich, gentechnikfreie Futtermittel zu verkaufen. Obwohl er diese eingelagert habe, gebe der Raiffeisenverband nicht bekannt, wo sie erhältlich seien.

Nach Angaben von Bioland sind in Deutschland 80 Prozent des wichtigsten Viehfutters, nämlich Sojaschrot, inzwischen gentechnisch verändert. Dies sei vor allem der Geschäftspolitik von Raiffeisen anzulasten. Raiffeisen nutze seine Quasi-Monopolstellung, um die Nachfrage nach gentechnikfreiem Futter zu unterdrücken, kritisierte die AbL.

Kennzeichnungspflicht für tierische Produkte gefordert

BUND-Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer erklärte, Raiffeisen nutze die Kennzeichnungslücke bei tierischen Produkten schamlos aus. Wenn tierische Produkte, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln erzeugt wurden, auch als Gentechnik-Produkte gekennzeichnet werden müssten, würde Raiffeisen seine Geschäftspolitik sofort ändern. Der Raiffeisenverband verbreite die Falschmeldung, die globale Angebotslage sei dafür verantwortlich, dass Europa nur noch gentechnisch veränderte Sojabohnen importieren könne. Dabei sei beispielsweise Brasilien problemlos in der Lage, gentechnikfreie Futtermittel für nahezu 80 Prozent des europäischen Bedarfs zu liefern. (if) ■

• Weitere Informationen

Heike Moldenhauer, BUND-Gentechnikexpertin, Berlin
Tel. 030 / 27586456
eMail: heike.moldenhauer@bund.net
www.bund.net

Offener Brief hinterfragt CDU-Position zur Agro-Gentechnik

Appell, Gentechnikgesetz zu erhalten

Ein breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppen, darunter Umwelt- und alternative Landwirtschaftsverbände, hat an die CDU-Vorsitzende Angela Merkel einen offenen Brief gerichtet, in dem es um die Position der Union zur Agro-Gentechnik geht. Die Unterzeichner forderten Merkel auf, wesentliche Prinzipien des geltenden Gentechnikgesetzes beizubehalten, und appellierten an die Union, ihrer „Verantwortung gegenüber der Natur und der Mehrheit der Verbraucher und Landwirte“ gerecht zu werden. Die Verbände befürchten, dass sich die CDU als Regierungspartei einseitig für die Gentechnik-Industrie und die wenigen Landwirte, die Gentech-Pflanzen anbauen wollen, einsetzen wird. Die Interessen der Menschen, die weiterhin ohne Gentechnik produzieren und essen wollen, sowie Belange des Naturschutzes blieben auf der Strecke.

Haftung und Standortregister im Zentrum des Fragenkatalogs

Die Verbände forderten u. a. von Merkel eine Klarstellung zu folgenden Fragen:

- Sollen durch beschränkter Zugang zum Standortregister Gentech-Flächen vor der Öffentlichkeit verborgen bleiben?
- Soll der Anbau von Gentech-Pflanzen auch weitergehen, wenn sich herausgestellt hat, dass eine Koexistenz weder ökologisch noch ökonomisch möglich ist?
- Soll die gesamtschuldnerische Haftung zu Gunsten eines „Ausgleichsfonds“ abgeschafft werden?
- Soll die Verunreinigung von Nachbargrundstücken durch Freisetzungsexperimente legalisiert werden?

(mbu) ■

• Weitere Informationen

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz
Tel. 0178-2189866
eMail: bundesvorstand@bioland.de
www.bioland.de

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
Tel. 02381-9053170, Fax -492221
eMail: info@abl-ev.de
www.abl-ev.de

Vier von fünf Deutschen sagen Nein zu Genfood

Forsa-Umfrage bestätigt Ablehnung der grünen Gentechnik hier zu Lande

Mehr als drei Viertel (79 Prozent) der Bundesbürger/innen lehnen gentechnisch veränderte Bestandteile in der Nahrung ab. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa für Slow Food im Juli. Im Osten des Landes sagten mit 70 Prozent etwas weniger Menschen Nein zu Gen-Essen auf dem Teller. Am höchsten ist die Ablehnungsquote mit 83 Prozent bei den 30- bis 60 Jährigen. Die unter 30-Jährigen verweigern zu 71 Prozent Gen-Nahrung und legen zu 27 Prozent mehr Wert auf einen günstigen Preis.

Zwei Drittel (62 Prozent) der Befragten waren der Auffassung, dass man verstärkt Produkte aus der eigenen Region kaufen sollte. Slow Food wollte außerdem wissen, wie die Verbraucher/innen zu den Preisen für Lebensmittel stehen. 84 Prozent der Deutschen wollen, dass die Landwirt/innen angemessen für ihre Produkte bezahlt werden. Für zwölf Prozent ist es am wichtigsten, dass die Produkte billig sind. In dieser Frage gab es kaum Abweichungen zwischen West und Ost, zwischen den Altersgruppen und den Bildungsniveaus.

Mehrheit für politischen Verbraucherschutz

Slow Food fragte auch, ob es den Verbraucher/innen wichtig ist, dass die Zuständigkeiten für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz in einem Ministerium vereint bleiben. Diese Frage bejahten 64 Prozent der Befragten. Nur 13 Prozent waren der Auffassung, dass Verbraucherschutz in der Verantwortung jedes Einzelnen liegen solle. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Slow Food, Hasseler Weg 3, 27232 Sulingen
Tel. 0180 / 5560705, Fax -706
eMail: info@slowfood.de
www.slowfood.de
Die Umfrage: www.slowmedia.de/forsa/15055_p5684.pdf

Bürgerinitiative für eine gentechnikfreie Schöpfung

Protest gegen Gen-Anbau nach altem bayerischen Brauch

Im Landkreis Passau (Niederbayern) ist eine breite Protestbewegung unter den Bewohnern entstanden, seit es an der örtlichen Landbauschule einen Anbauversuch mit gentechnisch verändertem Mais gibt. Den Auftakt bildete ein so genanntes Haberfeldtreiben, bei dem das Vorgehen der Landesregierung und der Gentechnik-Konzerne angeprangert wurde. Als Haberfeldtreiben bezeichnete man ein bayerisches Femegericht, das meist Reichen oder Angehörigen der Obrigkeit galt. Anlass der Feme waren z.B. Verstöße der Obrigkeit gegen das Recht oder das Rechtsempfinden des Volkes. Die Veranstaltung wurde vom Öko-Verband Biokreis und vom Bund Naturschutz organisiert und hatte große Resonanz.

Vorbild: Widerstand gegen Wackersdorf in den 80er Jahren

Seit August findet im Landkreis jeden Sonntag eine ökumenische Andacht mit anschließendem Spaziergang zum Genmaisfeld statt. Diese Protestform knüpft an den Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) Wackersdorf vor 20 Jahren an. Auch damals hatte die bayerische Staatsregierung nicht mit dem Widerstand einer konservativen, strukturschwachen und dünn besiedelten Region gerechnet. In der Oberpfalz hatte der Protest Erfolg, die WAA wurde nicht gebaut. Das macht der Bürgerinitiative Mut. Bis Oktober haben die Gentechnik-Gegner die Genehmigung für die Veranstaltungen. Sie wollen weiter machen, bis der Genmais geerntet ist. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bund Naturschutz in Bayern, Dr. Johann-Maier-Str. 4, 93049 Regensburg
Tel. 0941 / 29720-0, Fax -30
eMail: info@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Lesenswert

Broschüre: Gen-Mais in Deutschland

Wegen der großen Nachfrage gibt es jetzt eine zweite, aktualisierte Auflage der Broschüre „Gen-Mais in Deutschland“. Sie gibt einen aktuellen Überblick über die politische und ökonomische Entwicklung des Gentech-Anbaus. Für Landwirte und Imker sind im Heft die praxisrelevanten Pflichten und Rechte zusammen gestellt. Darüber hinaus beschreiben die Verfasser die Risiken der Technologie, stellen Alternativen zur Nutzung der Gentechnik vor und analysieren die Strategien der Gentech-Industrie. Außerdem gibt es eine Karte mit den Standorten der Gen-Maisfelder und Angaben zu gestoppten Anbauplänen. (mbu)

AbL/Greenpeace/BÖLW (Hrsg.): Gen-Mais in Deutschland, 2005; kostenloser Bezug: Greenpeace, Tel. 040 / 30618120 Download: www.keine-gentechnik.de/bibliothek/anbau/infomaterial/gp_abl_boelw_genmais_broschuere_050801.pdf

■

Kurzmeldungen

Garantie für Saatgut ohne Gentechnik in Sicht - Tipp der AbL erfolgreich

Deutsche Landwirte können noch vor der diesjährigen Herbstsaat von einigen Saatgutunternehmen oder Saatguthändlern eine Bescheinigung erhalten, dass deren Ware nicht genmanipuliert ist. Ein solches Testat garantiert bis zur Nachweisgrenze von 0,1 Prozent gentechnikfreies Saatgut. Offenbar auf Druck der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) haben einige der Züchter und Händler, die eine Garantie bisher verweigerten, nun eingelenkt. Die AbL hatte im Frühjahr besorgten Bauern empfohlen, zertifiziertes gentechnikfreies Saatgut in Österreich zu kaufen. Dort verpflichtet eine nationale Saatgutverordnung die Unternehmen zu einem Untersuchungsnachweis. (mbu)

AbL, Tel. 02381 / 9053170,
www.abl-ev.de

Genmais MON 810 kommt nicht auf den deutschen Markt

Im Streit um die Zulassung der umstrittenen Genmaissorte MON 810 in Deutschland haben die US-Konzerne Monsanto und Pioneer eine Schlappe erlitten: Das Verwaltungsgericht Hannover lehnte einen Eilantrag der beiden Unternehmen ab. Die beiden Gentech-Konzerne wollten gegen den Willen von Bundesverbraucherministerin Renate Künast die Zulassung für ihre MON 810 als Saatgut erzwingen. Umweltschützer sehen in dem Mais eine Gefahr für Schmetterlinge und Raupen. Das Hannoveraner Gericht argumentierte, der Zweck des Sorten-Zulassungsverfahrens würde durch eine Eilentscheidung im Sinne der US-Konzerne unterlaufen. Der Zweck sei, durch ein aufwändiges und langwieriges Prüfverfahren die Eignung des Saatgutes sicherzustellen. Außerdem hätte eine Zulassung für Deutschland weitreichende Folgen: Damit könnte der Genmais in der gesamten EU ausgesät werden. (mbu)

Bundesverbraucherministerium, Bonn,
Tel. 0228 / 5290,
www.verbraucherministerium.de

■

Umweltschutz schafft Arbeitsplätze

Weinzierl: „Zeit für ein grünes Wirtschaftswunder“

DNR-Präsident Hubert Weinzierl hat die Befürchtung geäußert, Umweltschutz könne zum Nischenthema werden. Zum Auftakt der Konferenz „Umweltschutz beschäftigt“ Anfang September in Berlin betonte er gleichzeitig, dass sich Umweltschutz wirtschaftlich lohne. 1,5 Millionen Menschen arbeiteten in diesem Bereich, vor allem bei den Erneuerbaren Energien seien in jüngster Zeit 130.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Weinzierl sagte, der Nachhaltigkeitsgedanke müsse Politikbereich durchdringen, und es sei „Zeit auf ein grünes Wirtschaftswunder zu hoffen“.

Verursacher- oder Kooperationsprinzip gegen Umweltsünden?

Bei der Tagung diskutierten zahlreiche Vertreter/innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltverbänden über das Verhältnis von Umweltschutz und Arbeitsplätzen. Hauptthema der Kontroverse zwischen der BUND-Vorsitzenden Angelika Zahrt und dem umweltpolitischen Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion Peter Paziorek war die Frage, wie umweltpolitische Standards in der Industrie durchgesetzt werden können. Paziorek plädierte für einen Abbau der aus seiner Sicht „komplizierten Umweltbürokratie“ und für eine Umweltpolitik, die auf die Belohnung von freiwilligem Firmen-Engagement setzt. Zahrt entgegnete, das Prinzip der freiwilligen Selbstverpflichtung funktioniere nicht. Stattdessen müssten die Verursacher von Umweltschäden in die Pflicht genommen werden.

Ist die Ökosteuer wirklich ein Steuerungsinstrument?

Mit dem Zusammenhang zwischen ökologischem Strukturwandel und Arbeitsplatzsicherung beschäftigte sich eine weitere Diskussionsrunde. Am Beispiel der Ökosteuer erläuterte Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die Grenzen eines solchen politischen Lenkungsinstruments. Die Wirtschaftswissenschaftlerin arbeitete an einer Studie vor der Einführung der Ökosteuer mit. Die Politik sei zwar den Empfehlungen des DIW gefolgt, habe aber die Ökosteuer in der Praxis sehr modifiziert. Z.B. wurden die Steuereinnahmen anders eingesetzt als vorgeschlagen, der Individualverkehr

wurde nicht umgelenkt auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) oder die Schiene. Die Wissenschaft habe eben nur beratende Funktion, so Kemfert. Betrachtet man das Fahrverhalten der Verbraucher/innen im vergangenen Jahr, hat nach DIW-Angaben die individuelle Fahrleistung sogar zugenommen. Trotz damals schon recht hoher Spritpreise.

Klimaschutz und Energie „Frage des Jahrhunderts“

NABU-Präsident Olaf Tschimpke stellte in diesem Zusammenhang fest, trotz gewachsenem Wissens folge in der Politik kein Handeln. Er sprach von einer „Rückwärtsbewegung“ in der Umweltpolitik. Dabei sei die Klimaschutz- und die Energiefrage die Frage des Jahrhunderts. Der scheidende Umweltminister Jürgen Trittin verwies in seinem Vortrag auf den Erfolg des Emissionshandels. Dieser führe zu einem Investitionsboom in moderne Kraftwerkstechnologie und sei nicht, wie die Industrie immer wieder behauptete, eine Zumutung. In Folge der Förderung der Erneuerbaren Energien seien zahlreiche Jobs entstanden. ■

Autorin: Marion Busch, DRB-Redaktion

• Weitere Informationen

DNR, Annette Littmeier, Projekt Nachhaltigkeit, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-88
eMail: annette.littmeier@dnr.de
www.dnr.de

Ruf nach ökologischer Gemeindefinanzreform

Internet-Umfrage zur Bau- und Siedlungspolitik ausgewertet

Der Naturschutzbund (NABU) hat eine Online-Umfrage zu vier aktuellen Fragen der Bau- und Siedlungspolitik durchgeführt. Gefragt wurde nach der Wichtigkeit bestimmter gesetzlicher Vorhaben im Laufe der kommenden Legislaturperiode. Die ökologische Gemeindefinanzreform ist laut Umfrage mit 84 Prozent die wichtigste Maßnahme in der kommenden Legislaturperiode. Diese könne dem Landschaftsverbrauch und der Suburbanisierung entgegensteuern und zugleich die Finanzkraft und Finanzautonomie der Kommunen stärken. Die Einführung handelbarer Flächenausweisungs- oder Bebauungsrechte, ähnlich der handelbaren Emissionsrechte, im Laufe der kommenden Legislaturperiode ist für insgesamt 61 Prozent der Teilnehmer absolut prioritär oder sehr wichtig.

Aktion „Living 2010. Flächen sparen - Natur erhalten“

49 Prozent der Teilnehmer befürworten für den Subventionsabbau die Abschaffung sowohl der Eigenheimzulage als auch der Entfernungspauschale. Schließlich wurde nach gesetzlichen Änderungen im Planungsrecht gefragt. Fast zwei Drittel der Teilnehmer sprechen sich für die Einführung einer verpflichtenden Kosten-Nutzen-Rechnung bzw. Rentabilitätsprüfung bei Neuerschließungen in der kommenden Legislaturperiode aus. Und über die Hälfte der Antwortenden hält die Stärkung des Außenbereichsschutzes für prioritär. Knapp 50 Prozent sagen, dass die Kommunen zur Aufstellung eines Bau- und Katasters verpflichtet werden sollen. Eine Standardisierung der Bauflächenbedarfsprognosen und Berechnungen sowie eine Stärkung der Landes- und Regionalplanung wird von jeweils gut einem Drittel als prioritär eingestuft. (if) ■

• Weitere Informationen

NABU, Experte für Siedlungsentwicklung Ulrich Kriese, Taylorstraße 6a, 14195 Berlin
Tel. 030 / 81789378
eMail: ulrich.kriese@gmx.net
www.nabu.de

Tag der Regionen 2005: Kurze Wege - langer Genuss

Ideen zur Existenzsicherung der Landwirtschaft

Der Tag der Regionen wird seit sieben Jahren alljährlich in Deutschland am ersten Oktobersonntag veranstaltet und steht für den Erhalt und die Belebung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Das bedeutet, Waren in der Region zu nutzen, in der sie hergestellt werden, Betriebe zu unterstützen, die vor Ort ausbilden, und so die Wirtschaftskraft in der Region zu erhalten. Regional Wirtschaften ist - so die Veranstalter - ökonomisch sinnvoll, weil die Kaufkraft in der Region bleibt, sozialverträglich, weil Arbeitsplätze und Lehrstellen und somit menschliche Existenzen gesichert werden, und ökologisch tragfähig, weil umweltbelastende Transporte vermieden werden.

Regionale Wirtschaft fördert Nachhaltigkeit

Damit könne auch ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgase geleistet werden. „Wir leben bereits im Klimawandel. Die weltweite Zunahme von Starkregen, Dürren und Stürmen deutet darauf hin, dass sich der Treibhauseffekt bereits auswirkt“, erklärte Klaus Töpfer, Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Mit dem diesjährigen Motto „kurze Wege - langer Genuss“ wirbt der Tag der Regionen für regionaltypische Produkte und Dienstleistungen, für eine stärkere regionale und umweltschonende Vermarktung und für regionale erneuerbare Energien. (if) ■

• Weitere Informationen

Aktionsbündnis Tag der Regionen,
Koordinationsbüro Nord, Zur Specke 4,
34434 Borgentreich
Tel. 05643 / 948537
eMail:
bund-nord@tag-der-regionen.de

Aktionsbündnis Tag der Regionen, Ko-
ordinationsbüro Süd, Museumstr. 1,
91555 Feuchtwangen
Tel. 09852-1381, Fax -615291
eMail:
bund-sued@tag-der-regionen.de
www.tag-der-regionen.de

Bundesaktion: Bürger initiiieren Nachhaltigkeit

Vorbildliche Beispiele nachhaltigen Bürgerengagements

Anfang September wurden in Berlin von 123 Projekten dreizehn ausgewählt und vom Leiter der Gruppe Nachhaltige Entwicklung des Bundeskanzleramts, Dr. Urban Rid, bekannt gegeben. Die Aktion geht auf eine Initiative des Nachhaltigkeitsrats zurück. Inhaltlich wurde der Wettbewerb vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) betreut.

Teilgenommen haben Bürger/innen, die in ihrer Stadt, Gemeinde oder Region wegweisende, übertragbare Beiträge zur lokalen Nachhaltigkeit leisten. Gefragt waren vor allem gemeinschaftliche Aktivitäten von Personen oder Organisationen. Die einjährige finanzielle Unterstützung der prämierten Projekte erfolgt über das Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltigkeit“ aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

Kernbereich der Projekte war einerseits eine intensive Bildungs- und Erziehungsarbeit zur Nachhaltigkeit an Schulen, auch über das Medium Theater und durch Ausstellungen. Andererseits gab es einige Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien, wie die Förderung der Solarenergie durch die Organisation von Bürger-Solaranlagen oder energiesparendes Bauen und Sanieren.

Für das Frühjahr 2006 ist eine weitere Wettbewerbsrunde geplant. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, sich auf die 2. Wettbewerbsrunde vorzubereiten. (if) ■

• Weitere Informationen

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Ansprechpartner für die Aktion:
Jens Libbe, Tel. 030 / 39001115
eMail: libbe@difu.de,
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Tel. 0221 / 34030818
eMail: roesler@difu.de
www.difu.de

Deutsche Industrie probt Öko-Rollback

Positionspapier des DIHK sorgte für starke Kritik

In 18 Punkten hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) vor der Bundestagswahl im September Änderungen in der Umweltpolitik gefordert. Dazu gehört eine Beschränkung für das Verbandsklagerecht von Umweltverbänden sowie der Wunsch, in Naturschutzgebieten leichter Genehmigungen für eine wirtschaftliche Nutzung zu erhalten.

Antiökologischer Rundumschlag

Außerdem verlangte der DIHK die Abkehr von den bisherigen Klimaschutzzielen, eine Überprüfung umweltpolitischer Maßnahmen auf mögliche Nachteile für die Wirtschaft, die Beseitigung von hinderlichen Naturschutzbestimmungen und die Entmachtung des Bundesumweltministeriums. Dagegen warnte Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) auf einer Konferenz zum Verhältnis von Ökologie und Beschäftigung in Berlin: „Wenn wir uns nicht ökologisch modernisieren, werden wir auf Dauer mehr und nicht weniger Arbeitslose haben.“

Umweltschutzunternehmen drohen mit Boycott des Verbands

Umweltverbände kritisierten das Industriepapier scharf und verwiesen auf die in den letzten Jahren stark gewachsene Öko-Branche, deren Interessen der DIHK hintergehe. Aus Sicht des NABU ist es an der Zeit, die Diskussion über die Beendigung der Zwangsmitgliedschaften in den Kammern neu zu beleben. Der NABU will die DIHK Beiträge seiner Tochtergesellschaften künftig zurückhalten und in einen Fonds für nachhaltige Wirtschaftspolitik einzahlen. Die Deutsche Umwelthilfe kündigte an, sie werde juristisch prüfen lassen, ob die Unternehmen aus dem Umweltbereich aus Protest gegen den Dachverband ihre Zwangsmitgliedschaft im DIHK aufkündigen könnten. (if) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Invalidenstr.
112, 10115 Berlin
Tel. 030 / 284984-0, Fax -84
eMail: bv.berlin@nabu.de
www.nabu.de

Daten zur Umwelt 2005

UBA berichtet über Klimaschutzfolge

Das Umweltbundesamt (UBA) hat die achte Ausgabe der „Daten zur Umwelt“ in Deutschland vorgelegt und erfüllt damit die Pflicht der Bundesregierung zur Umweltberichterstattung. Die Daten informieren über alle Gebiete des Umweltschutzes, von der Luftreinhaltung über die Gewässerqualität bis hin zu Abfallwirtschaft und Klimaschutz. So habe die ökologische Steuerreform zu einem Anstieg der Beschäftigung um 250.000 Arbeitsplätze und zu 20 Millionen Tonnen weniger CO₂ geführt. Das Kyoto-Ziel zur Treibhausgasminderung sei fast erreicht, der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung wurde seit 1990 um 174 Prozent, der am Primärenergieverbrauch sogar um 300 Prozent gesteigert.

Handlungsbedarf bei Verkehr und Flächenverbrauch

Der Verkehr trug im Jahr 2003 laut UBA mit etwa zwanzig Prozent zum CO₂-Ausstoß bei. Bei der Luftreinhaltung sei das größte gesundheitliche Problem die Belastung mit Dieselruß-Partikeln. Ein ernstzunehmendes Problem des Verkehrs sei auch der wachsende Verkehrslärm, der Gesundheitsprobleme auslöse. Hinzu kommt, dass diese klimaschädlichen Emissionen gegenüber 1990 um etwa sechs Prozent gestiegen sind. Erst seit dem Jahr 2000 ist ein leichter Rückgang der CO₂-Emissionen zu verzeichnen. Die deutlichste Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes trat in der Abfallwirtschaft auf, wo die Methan-Emissionen durch bessere Abfallverwertung kontinuierlich zurückgingen. Ziel der Bundesregierung ist es in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2020 stark zu begrenzen. (if)

• Weitere Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt
Tel. 0340 / 2103-0, Fax
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

UBA (Hrsg.): Daten zur Umwelt 2005, 350 Seiten + CD-ROM, Erich-Schmidt-Verlag, Berlin 2005, 46,80 Euro, ISBN 3-503-09057-6
www.umweltbundesamt.de/umweltdaten

Abkehr von Großprojekten gefordert

Umwelt Netzwerk verlangt Reform der Länder-Förderpolitik

Die Grüne Liga hat von den Bundesländern eine Abkehr von der bisher gängigen Förderpraxis gefordert. Eine Neustrukturierung der Vergabepraxis, aber auch der Förderschwerpunkte für öffentliche Gelder aus den EU-Strukturfonds sei nach dem Flughafenskandal in Erfurt dringend notwendig, so das Umwelt Netzwerk Ende September.

EU-Strukturfonds-Mittel sollen effizienter eingesetzt werden

Die Grüne Liga plädierte dafür, die bisherige „Gießkannenförderung“ zu beenden. Besonders Großprojekte müssten mehr als bisher auf ihre Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit hinterfragt werden. Außerdem kritisierte der Umweltverband, dass besonders in den neuen Bundesländern weiterhin große Straßenbauvorhaben mit EU-Geldern in Regionen geplant werden, für die in den nächsten Jahrzehnten ein starker Bevölkerungsrückgang prognostiziert sei.

In den nächsten Monaten bestimmen die deutschen Bundesländer eigenverantwortlich über ihre Förderschwerpunkte und die Höhe der Förderungen für EU-Strukturfonds-Vorhaben für 2007-2013. Für diesen Zeitraum werden fast 30 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Die Umweltverbände möchten, dass das Thema Umwelt einen eigenen Schwerpunkt erhält. Dabei stoßen sie jedoch auf starken Widerstand der Wirtschaftsministerien. Besonders „infrastrukturelle Prestigeprojekte von Regionalfürsten“ seien oft über dem Bedarf geplant. (if) ■

• Weitere Informationen

Grüne Liga, Bundeskontaktstelle Nachhaltige Regionalentwicklung, Tomas Brückmann, Leipzig
Tel. 0341 / 3384229
eMail: bundesverband@grueneliga.de
www.grueneliga.de

Kurzmeldungen

Umweltunterricht an Grundschulen fördert Umweltbewusstsein

Die Deutsche Umwelt-Aktion (DUA) führt zu unterschiedlichsten Themenbereichen umweltpädagogischen Unterricht in Schulen durch. Beispielsweise stehen Energie erleben und verstehen, Verkehr, Wale, Wald und Abfall auf dem kindgerecht ausgearbeitetem Programm. Der 1958 gegründete Verein wird durch Umweltämter und Sponsoren aus Wirtschaft und Industrie unterstützt. Die Schulprojekte werden teilweise von Eltern, Fördervereinen oder der Klassenkasse finanziert. (if) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelt-Aktion, Helmutstr. 1, 40472 Düsseldorf
Tel. 0211 / 131322
eMail: dua@dusnet.de
www.umwelt-aktion.de

Lesenswert, Sehenswert

ABC der Globalisierung

Der Wissenschaftliche Beirat von Attac hat in Kooperation mit der „tageszeitung“ und der Heinrich Böll Stiftung ein Lexikon zur Globalisierung herausgegeben. In diesem erklären zahlreiche Autor/Innen beschreiben in mehr als 100 Stichworten, wie Globalisierung funktioniert. Das Buch will dazu beitragen, einer breiten Leserschaft globalisierungskritisches Wissen und alternative Sichtweisen zu vermitteln. (if)

Wissenschaftlicher Beirat von Attac (Hrsg): ABC der Globalisierung: Von „Alterssicherung“ bis „Zivilgesellschaft“; VSA Verlag, Hamburg 2005, 224 Seiten, 10,- Euro, ISBN 3-89965-139-1

Flächenverbrauch durch Gewerbegebiete

Der BUND behandelt in seiner bundesweiten Studie „Gewerbeflächenausweisung und Flächenverbrauch“ die Schlüsselrolle, die den Gewerbegebieten beim Flächenverbrauch zukommt, und stellt Ursachen und Alternativen vor. Exemplarisch wurden 51 Gebiete in Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen untersucht. Nur elf der Beispiele wurden aufgrund gelungener Umnutzungen von bereits bestehenden Flächen positiv eingeordnet. Die Studie leitet aus den Fallbeispielen Gesetzmäßigkeiten ab, die bundesweit bei Gewerbegebietsausweisungen auftreten, und zeigt umweltverträgliche Lösungen auf. Bis zum Jahr 2020 hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, den täglichen Flächenverbrauch in Deutschland von derzeit 93 Hektar auf 30 Hektar zu verringern. Viele Landesregierungen verfolgen ein ähnliches Ziel. Laut Studie müssen kompakte Siedlungen mit kurzen Wegen und funktionierendem öffentlichen Nahverkehr das Ziel sein. Nur so könnten ausreichend Erholungsbereiche für die Allgemeinheit, wertvolle Böden, Wasservorräte und andere Ressourcen sowie ein tragfähiges Biotopverbundsystem wirkungsvoll geschützt werden. (if)

„Gewerbeflächenausweisung und Flächenverbrauch - Beitrag zur naturverträglichen Siedlungsentwicklung“, 25,- Euro, Hrsg./BUND Baden-Württemberg, Paulinenstr. 47, 70178 Stuttgart, Tel. 0711 / 62030-60, Fax-877, bund.bawue@bund.net

Wirtschaftslobbyismus in Deutschland

Die Autor/innen decken die Machenschaften der Lobbyisten in Deutschland auf. Das Buch beginnt mit einem Überblick über die Lobby-Szene in Berlin und ihre Entwicklungen. Die Journalisten behandeln anhand von sechs Beispielen unterschiedlichste Lobbyarbeit und beschreiben präzise, wie Netzwerke entstehen, Gesetzesvorlagen von der Wirtschaft geschrieben und im Ministerium wörtlich übernommen werden. Grundsätzlich erkannten sie in der Lobbyarbeit ein Ungleichgewicht zugunsten wirtschaftlicher Interessen und schlagen deshalb vier Gegenmaßnahmen vor. In diesen fordern sie dem Lobbyismus Grenzen zu setzen, mehr Transparenz zu schaffen und zugleich die gesellschaftliche Debatte über Lobbyismus und gesellschaftliche Machtstrukturen voranzutreiben. (if)

Cerstin Cammelin/Götz Hamann: Die Strippenzieher. Manager, Minister, Medien - Wie Deutschland regiert wird, Econ Verlag, 19,95 Euro, ISBN: 343130115

Chancen des Schrumpfens

Wer das Elend der deutschen Abwärtsentwicklung lokalisieren möchte, nennt gern die Uckermark: eine entleerte, geschrumpfte und nicht förderfähige Region. Der Zukunftsroman „Uckermark“ spielt dort im September 2008. Im Roman entstehen Koalitionen zwischen den neuen Akteuren, die aus dem Ende des Wachstums notwendigerweise hervorgingen: Arme, Arbeitslose, Aussteiger, Ausländer, Abenteurer, Auszubildende und Alte. Der Autor ist sich sicher, dass das Abwärts Chancen bietet und neue Formen eines materiell einfachen „Lebens nach dem Wachstum“ hervorbringt. In die Romanhandlung eingebaut ist ein Essay „Chancen des Schrumpfens“. Im Essay werden diese systematischer, im Roman unterhaltsamer beschrieben. Der Autor verdeutlicht, dass der Umbruch bereits im Gange ist und Lösungen sich abzeichnen. (if)

Hans-Peter Gensichen: Uckermark. Zukunftsroman, ICH Verlag, Wittenberg 2005, 180 Seiten, 17,50 Euro; Bezug: www.zukunft-uckermark.de

Die Halbtagsgesellschaft

Die Autoren entwickeln ein neues Modell für nachhaltigere Produktions- und Konsummuster. Das Konzept soll das gesamte Tätigkeitsspektrum von Erwerbsarbeit über Hausarbeit, Aus- und Weiterbildung und soziales Engagement bis zu Freizeitaktivitäten und Regenerationsphasen berücksichtigen. Ziel der Halbtagsgesellschaft ist es unter anderem, dass sich alle Erwerbsfähigen am Erwerbsprozess beteiligen. Für die in diesem Beitrag entworfene „Halbtagsgesellschaft“ spielt eine Umverteilung und Neugestaltung bezahlter und informeller Arbeit die Schlüsselrolle. Sie sieht Erwerbsarbeit nur noch in Teilzeit vor, die gewonnene Zeit dient sozialem Engagement. Das Ergebnis wäre eine Zukunft der Arbeit mit geringerer Umweltbelastung und freierer Lebensgestaltung. (if)

Axel Schaffer, Carsten Stahmer: Die Halbtagsgesellschaft - ein Konzept für nachhaltigere Produktions- und Konsummuster, Ökom-Verlag München, GAIA 3/2005, 11 Seiten, Gesamtheft 22,80 Euro, PDF-Download (640 kB): www.oekom.de/fileadmin/zeitschriften/gaia_leseproben/gaia lese2005_3_Schaffer.pdf

Wiener Deklaration für eine zukunftsfähige Weltordnung

Die Wiener Deklaration ist im Diskurs eines breiten Netzwerkes von Theoretikern und Praktikern aller Gesellschaftsbereiche entstanden. Die Autoren sprechen Tabus wie die Wachstumsdoktrin an und suchen Lösungen für ein zukunftsfähiges 21. Jahrhundert. Sie formulieren reale, griffige Forderungen wie eine Wirtschaftsverfassung mit ressourcengestützter Währung, eine nachhaltige Nord-Süd-Kooperation, eine Grundsicherung, eine Verbreiterung von Demokratie, einen Naturregenerationsplan, eine gestärkte Welt-Innenpolitik, aber auch vertiefte regionale Subsidiarität und solidaritätstragende Konfliktkultur. (if)

Herbert Rauch, Alfred Strigl: Die Wende der Titanic - Wiener Deklaration für eine zukunftsfähige Weltordnung, Ökom-Verlag, München 2005, 320 Seiten, 20,- Euro, ISBN: 3-86581-005-5

Doku-Spielfilm „Ins Herz der Zukunft - Unterwegs zur Nachhaltigkeit“

Der im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung entstandene und durch die UNESCO ausgezeichnete Spielfilm soll für alle Alters- und Interessengruppen Grundlagen der Nachhaltigkeit vermitteln. Die Rahmenhandlung verbindet ein Interview mit Bahnchef Hartmut Mehdorn und fünf Amateur-Kurzfilme, die in einem Wettbewerb des Rates für Nachhaltige Entwicklung entstanden sind. Der Zuschauer erfährt durch den Hauptdarsteller, einen über Nachhaltigkeit schreibenden Journalisten, den Sinn der Nachhaltigkeit. Durch die Recherche in den vier Themenbereichen Energie, Ernährung, Mobilität und Bildung auf der gesellschaftlich-politischen Ebene und bei den Amateurfilmern auf der Ebene des alltäglichen Lebens - beispielsweise Thema Wasser - ergibt sich ein Gesamtbild des Begriffs der Nachhaltigkeit. (if)

„Ins Herz der Zukunft“, DVD 27,- Euro, VHS 23,- Euro, Regie: Carl A. Fechner/ Andreas P. Bechtold, fechnerMedia Verlag, [ovt] 2005

Weitere Informationen: PDF-Download (2 Seiten, 31 KB)

www.nachhaltig-handeln.de/filmprojekt/download/pdf/filmkonzept.pdf

Umdenken in der Umweltbildung: Lehrer zu Moderatoren

In seine Überlegungen zur konstruktivistisch begründeten Umweltbildung bezieht der Autor sowohl philosophische Hintergründe als auch pädagogische Praxis und Marketingaspekte ein. „Macht Lehrer zu Moderatoren!“ - so lautet die Konsequenz, die den Startpunkt für eine neue und intelligente Debatte über die Zukunft der Umweltbildung setzen will. Das Buch basiert auf dem TuWas-Lehrgangskonzept zur Zusatzqualifikation von Umweltpädagog/innen und richtet sich an Pädagogen und alle, die einen Paradigmenwechsel in der Umweltbildung für geboten halten. (if)

Richard Häusler: Erfundene Umwelt - das Konstruktivismus-Buch für Öko- und andere Pädagogen, Ökom-Verlag, München 2004, 127 Seiten, 24,90 Euro, ISBN: 3-936581-73-8



Vertragsnaturschutz im Wald

Landschaftspflegeverband: Mehr Kooperation nötig

Beim Vertragsnaturschutz im Wald besteht ein erheblicher Nachholbedarf. So das Resümee einer Studie vom Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL) im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz (BfN). Zwei Drittel der Waldfläche Deutschlands sind Privat- und Körperschaftswald und viele dieser Flächen haben eine hohe ökologische Bedeutung. Bislang werden aber laut BfN jährlich nur ungefähr 4 Mio. Euro für die Kooperation von Waldbesitzer und Naturschutz in Deutschland ausgegeben.

Aufwertung durch EU ab 2007

Ab 2007 wird die EU den Vertragsnaturschutz im Wald finanziell unterstützen. Mit dem Aufbau des Europäischen Schutzgebietssystems Natura 2000 wird der Naturschutz im Wald wesentlich an Bedeutung zunehmen. In den letzten 20 Jahren habe sich der Vertragsnaturschutz in der Landwirtschaft von Modellprojekten hin zu einem weithin akzeptierten Naturschutzinstrument entwickelt, so der DVL. Landwirte bekommen heute ihre Leistungen in der Landschaftspflege honoriert.

Die Studie zeigt an Hand von positiven Entwicklungen und erfolgreichen Pilotprojekten in einzelnen Bundesländern auf, welche Chancen der Vertragsnaturschutz im Wald bietet. Im konzeptionellen Teil werden konkrete Vorschläge für die Weiterentwicklung des Vertragsnaturschutzes im Wald gemacht und dabei auch die Rahmenbedingungen auf EU- und Bundesebene beleuchtet. Weiter stellt die Untersuchung den Vertragsnaturschutz im Wald in den Kontext der anderen Naturschutzinstrumente und arbeitet die mögliche Relevanz des neuen Instruments für die Umsetzung der einzelnen Naturschutzziele im Wald heraus. (if) ■

• Weitere Informationen

Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL), Feuchtwanger Str. 38, 91522 Ansbach
Tel. 0981 / 465335-40, Fax -50
eMail: info@lpv.de
www.lpv.de

BMU stellt Strategie zur biologischen Vielfalt vor

Konkrete Ziele zur Erhaltung der Diversität der Arten

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat Anfang September den Entwurf einer „nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“² vorgestellt. Der Strategieentwurf entwickelt für die Lebensräume in Deutschland und für besonders relevante Politikbereiche ein umfassendes System konkreter Ziele.

Mehr natürliche Wälder

So soll bis 2020 der Anteil der Wälder mit natürlicher Waldentwicklung von derzeit rund 2 auf 5 Prozent erhöht werden. Neuanpflanzungen von Wäldern sollen überwiegend mit standortheimischen Arten vorgenommen werden und sich außerdem unbeeinträchtigt von gentechnisch veränderten Organismen entwickeln können. Unter anderem wird vorgeschlagen, bis zum Jahr 2010 die forstwirtschaftlichen Vorgaben für die Bewirtschaftung der Wälder in Deutschland - die sogenannte „gute fachliche Praxis“- weiterzuentwickeln und zu konkretisieren. Diese Vorgaben sollen bis zum Jahr 2015 in die Praxis umgesetzt sein.

Außerdem wird für jeden Bereich dargestellt, mit welchen Maßnahmen welche staatlichen und gesellschaftlichen Akteure der unterschiedlichen Ebenen zur Erreichung der Ziele beitragen können. Dazu wurden bei der Erarbeitung der Strategie Wissenschaft und Verbände von Dezember 2004 bis April 2005 in insgesamt sechs Veranstaltungen einbezogen. (if, bv) ■

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

² Deutschland hat sich international dazu bekannt, den Verlust an biologischer Vielfalt bis zum Jahr 2010 zu beenden. Von den in Deutschland heimischen rund 3.000 Farn- und Blütenpflanzen sind mehr als ein Viertel bestandsgefährdet, von den einheimischen Tierarten ein Drittel und von den vorkommenden Lebensräumen sogar mehr als zwei Drittel. Damit liegt Deutschland mit an der Spitze in Europa.

Lesenswert

Mühlenberger Loch: Wie ein Flugzeug die Politik beherrscht

Für die prestigeträchtige Beteiligung am Bau des neu entwickelten Airbus A380, des weltweit größten Luxus-Jets, zahlte die Stadt Hamburg fast 700 Millionen Euro Steuergelder an das Privatunternehmen EADS/Airbus. Für das Versprechen von mehreren tausend Arbeitsplätzen wurde das „Mühlenberger Loch“, eine international geschützte Elbbucht, teilweise zubetoniert. Unter den Werkshallen verschwand das größte Süßwasserwatt Europas, ein Paradies für Fische und Wasservögel. Gleichzeitig bedroht das Projekt das „Alte Land“, eine einzigartige Kulturlandschaft und Nordeuropas bedeutendstes Obstanbaugebiet. Dagegen protestiert die größte Bürgerinitiative in der Geschichte Deutschlands. Die Durchsetzung des Bauvorhabens entwickelte sich zu einem internationalen Politskandal, in den auch die Bundesregierung und die EU-Kommission in Brüssel verwickelt sind. Die Autoren beschreiben, wie ein international agierender Luftfahrt- und Rüstungskonzern die Entwicklung einer ganzen Metropolregion bestimmt. (if)

Uwe Westphal/Renate Nimitz-Köster: Das Mühlenberger Milliardenloch oder wie ein Flugzeug die Politik beherrscht, Edition Nautilus, Hamburg 2005, 220 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 3-89401-4725

Verkörperungen des Waldes

Der Autor analysiert verschiedene Waldtypen und deren Inventar in der Geschichte Europas als „Bild- und Erfahrungsräume“: „Verkörperungen“ antagonistischer Strukturen, „Bilder“, die per Wahrnehmung bzw. aktiver Aneignung entstehen und „Rahmen“ für affektive Erfahrungen bilden. Er entdeckt historisch-semantisch variable „soziale Geschlechter“ - Formationen „weiblicher Wildnis“ und „männlichen Waldes“. Naturorte sind immer Orte sozialer Konstruktion. Die materialreiche und Studie zeigt detailliert die Verflechtungen „innerer“ und „äußerer Natur“ als historischen Prozess, als konkrete Körper- sowie als Geschlechter- und Herrschaftsgeschichte auf. (if)

Marcus Termeer: Verkörperungen des Waldes, transcript Verlag, Juli 2005, 644 Seiten, 33,80 Euro, ISBN: 3-89942388-7

Hoffnung für Alleen und Straßenbäume

FLL erreicht Änderungen im Ministeriumsentwurf

Das Bundesverkehrsministerium hat einen neuen Entwurf der Empfehlungen zum Schutz vor Aufprall auf Bäume (ESAB) vorgelegt. Darin ist eine Abstandsregelung aufgenommen worden, die nun 4,50 Meter beträgt, im Gegensatz zu früher, wo 8 Meter gefordert wurden. Seit vier Jahren protestiert die Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau (FLL) gegen den vorherigen Entwurf. Dieser sah vor, an schnell befahrenen Straßen eine Neuanpflanzung von Bäumen zu verhindern und das Nachpflanzen bei bestehenden Alleen zu erschweren.

In einer gemeinsamen Stellungnahme hatten die FLL, der DNR, die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) und der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BNN) Nachbesserungen der ESAB gefordert. Der neue Entwurf kommt den Vorstellungen der Verbände teilweise entgegen, eine günstigere Abstandsregelung wurde aufgenommen. Das Problem bei zu großen Abständen: Städte und Gemeinden müssten die Abstandsflächen kaufen, können sich dies aber nicht leisten.

Kritik gibt es noch an einzelnen Punkten des ESAB-Entwurfs. So fehlt laut FLL eine Öffnungsklausel, die es Kommunen erlauben würde, Straßenbäume zu pflanzen, auch wenn nicht genügend Abstandsflächen vorhanden sind. Der Bund Deutscher Baumschulen monierte, dass eine Aussage der ESAB das Entfernen von Bäumen zur Verkehrssicherung ohne eingehende Prüfung auf Notwendigkeit begünstige. Auch die Vorschläge zur Nachpflanzung in Alleen müssten noch einmal überprüft werden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau (FLL), Colmantstr. 32, 53115 Bonn
Tel. 0228 / 6900-28, Fax -29
eMail: info@fll.de
www.f-l-l.de
Die Stellungnahme:
www.f-l-l.de/artikel_2055.html

Bis 2012 sollen in ganz Europa Fünf-Liter-Autos fahren

Trittin schlägt neue Selbstverpflichtung vor

Trittin hat der deutschen Automobilbranche zur Erreichung der Kyoto-Ziele eine Selbstverpflichtung vorgeschlagen, die europäische Hersteller und Importeure einschließen soll. Es sei zur Erreichung der Klimaschutzziele von 2008 bis 2012 notwendig, dass auch die Autoindustrie einen verbindlichen Beitrag zur Emissionsminderung liefere.

Nach dem BMU-Vorschlag soll sich die europäische Automobilbranche dazu verpflichten, den durchschnittlichen Kohlendioxidstoß ihrer Flotten für neu zugelassene PKW schrittweise auf 120 Gramm pro Kilometer zu senken. Das entspräche einem durchschnittlichen Kraftstoffverbrauch von 5 Litern auf 100 Kilometer. Im Gegenzug könnte die Politik der Industrie zusagen, auf ordnungsrechtliche Maßnahmen oder eine Einbeziehung des Autosektors in den Emissionshandel zu verzichten. Trittin reagierte damit auf eine Äußerung des Verbands der deutschen Automobilindustrie (VDA) vom Juli. Darin bekannte sich der VDA zwar zu seiner klimapolitischen Verantwortung, lehnte aber Obergrenzen für den Spritverbrauch ab.

Kompensationszahlungen im Falle eines höheren Spritverbrauchs

Sollten die Zusagen aus der Selbstverpflichtungserklärung nicht eingehalten werden, müsse die Automobilbranche Mittel in Höhe der CO₂-Vermeidungskosten in einen Fonds einzahlen. Mit den Mitteln des Fonds würden dann im Rahmen der flexiblen Kyoto-Mechanismen so genannte CDM-Zertifikate gekauft. Mit dem Erlös des Zertifikatskaufs werden Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern realisiert. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Immer mehr „mautfreie“ Lkw zugelassen

Güterkapazität eines 12-Tonnens auf zahlreiche kleinere Lkw verteilt

Die Lkw-Maut in Deutschland sollte, so die Hoffnung der Initiatoren, dazu beitragen, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu lenken. Offenbar ist das Gegenteil der Fall. Lkw unter 12 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht müssen nämlich keine Maut zahlen und immer mehr Spediteure entscheiden sich für solche Fahrzeuge. Was vorher in einem einzigen schweren Lkw transportiert wurde, werde durch die 12-Tonnen-Maut-Grenze vermehrt auf kleinere Laster verteilt, kritisierte die „Allianz pro Schiene“. Die Zahl der Lkw-Fahrten nehme dadurch zu.

Allianz pro Schiene und LSVA fordern EU-Maut für alle Lkw ab 3,5 Tonnen

Die Allianz pro Schiene und das „Bündnis Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) für Europa“ verwiesen auf die aktuellen Zulassungszahlen des Kraftfahrt-Bundesamtes. Danach ist die Zahl der Neuzulassungen für mautfreie Lkw (7,5-12 Tonnen) im ersten Halbjahr 2005 um fast 37 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die Gesamtzulassungszahl aller Lkw im Vergleichszeitraum stieg hingegen um 4,7 Prozent.

Schieneallianz und LSVA forderten die Bundesregierung auf, alle Lkw ab 3,5 Tonnen in die Lkw-Maut einzubeziehen. Was im EU-Land Österreich längst praktiziert werde, müsse auch in Deutschland möglich sein, so das LSVA-Bündnis. Beide Organisationen appellierten an das Europaparlament, bei den aktuellen Beratungen über die so genannte Eurovignetten-Richtlinie (Lkw-Maut-Richtlinie) an der 3,5-Tonnen-Gewichtsgrenze festzuhalten. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bündnis Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) für Europa, Heike Aghte, Rathausstr. 17, 10178 Berlin
Tel. 030 / 247236 23 64
eMail: heike.aghte@t-online.de
www.lsva-europe.org

Bahnbranche fordert neue Richtung für Verkehrspolitik

Bahnverkehr schafft Jobs und spart Energie

Die Bahnbranche erwartet von einer neuen Bundesregierung die Neuausrichtung der Verkehrspolitik. Stärker als bisher müssten in der Bundespolitik die arbeitsmarktpolitischen Chancen und die Energieeffizienzvorteile des Schienenverkehrs berücksichtigt werden, verlangte der Vorsitzende der Allianz pro Schiene Norbert Hansen. Seinen Angaben zu Folge entfallen 30 Prozent des Endenergieverbrauchs in Deutschland auf den Verkehrssektor. Dabei brauche die Bahn bei gleicher Leistung im Personenverkehr nur halb so viel Energie wie Pkw und im Güterverkehr lediglich ein Viertel so viel wie Lkw.

50 Prozent mehr Güterverkehr bis 2015

Auch müsse der Schienenverkehr in Deutschland stärker als Jobmotor gesehen werden. 900.000 Arbeitsplätze hingen an der Schienenbranche, die mit einem Jahresumsatz von 49 Milliarden Euro zu den Schlüsselbranchen gehöre. Damit diese nicht den internationalen Anschluss verliert, müsse die neue Bundesregierung jährlich mindestens fünf Milliarden Euro in die Schieneninfrastruktur investieren.

Nach Auffassung des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ist das voraussichtliche Güterverkehrswachstum von 50 Prozent in den nächsten zehn Jahren eine der wesentlichen Herausforderungen für die Verkehrspolitik. Die bereits auf den Weg gebrachte Gleisanschlussförderung und die Förderung des Güterumschlags von Straße auf Schiene müssten fortgesetzt werden. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Allianz pro Schiene, Chausseestr. 84, 10115 Berlin
Tel. 030 / 275945-62, Fax -60
eMail: info@allianz-pro-schiene.de
www.allianz-pro-schiene.de

Kurzmeldungen

Münster wieder Fahrradstadt Nummer 1

Die Gewinner des Fahrradklimatests 2005 stehen fest: Fahrradfreundlichste Großstadt ist Münster. In der Gruppe bis 200.000 Einwohner geht der erste Preis an Erlangen, bei den Städten bis 100.000 Einwohner siegt Bocholt. In einer bundesweiten Umfrage hatten der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) und der BUND ermittelt, wie fahradfreundlich Deutschlands Städte sind. Über 26.000 Fragebögen wurden ausgefüllt, 18.000 mehr als vor zwei Jahren. Der Fahrradklimatest ist Teil des vom Umweltbundesamt geförderten Projekts „Umweltentlastung durch mehr Radverkehr“, das die Kommunen bei der Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans unterstützen soll. (mbu)

ADFC, Bremen, Tel. 0421 / 34629-15
www.adfc.de

DFG Präsident fordert Tempolimit und Spritspar-Gesetz

Angesichts der hohen Benzinpreise hat der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) Ernst-Ludwig Winnacker die deutsche Automobilindustrie davor gewarnt, den Trend zu sparsamen Autos zu verschlafen. Es gebe Autos auf der Welt, die dieselbe Leistung brächten und nur die halbe Menge Benzin verbrauchten. Als Beispiel nannte er Hybrid-Autos mit einer Kombination aus Otto- und Elektromotor. Diese Hybrid-Autos hätten bei den allerhöchsten Geschwindigkeiten einen Nachteil und würden vielleicht deshalb in Deutschland nicht entwickelt und verkauft. Die logische Antwort wäre ein Tempolimit, sagte Winnacker, das es in den meisten Ländern der Welt längst gebe. Er plädierte auch für eine gesetzliche Förderung von Benzinspartetechniken, wie sie in Kalifornien oder Japan praktiziert werde. Dort kauften die Menschen Benzin sparende Autos, weil es dafür Anreize gebe. (mbu)

DFG, Bonn, 0228 / 8851, www.dfg.de

Lesenswert

Argumente pro und contra Bahn-Börsengang

Das Informations- und Beratungsbüro für Verkehr und Umwelt hat die Argumente verschiedener Organisationen zum Für und Wider des Börsengangs der Bahn zusammengefasst. Das Heft „Die Bahn ganz privat“ informiert außerdem über die Privatisierung der Bahn sowie die Trennung von Infrastruktur und Betrieb. Auch wenn sich zahlreiche gesellschaftliche Gruppierungen einig sind, dass mehr Verkehr auf die Schiene verlagert werden soll, unterscheiden sie sich grundsätzlich in der Frage, wie dies geschehen soll. (mbu)

Die Bahn ganz privat, Verkehr Kompakt Nr. 13, 36 S.; 3,20 Euro inkl. Versandkosten; Hrsg./Bezug: Umkehr e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel. 030 / 4927473, Fax -972, info@umkehr.de
Download: www.fuss-ev.de/download/vk13bahn.zip

Dokumentation 2. Bundeswettbewerb Junges Wandern

Über 1.900 Kinder und Jugendliche beteiligten sich mit ungewöhnlichen, fantasievollen und praktischen Beiträgen am bundesweiten Wettbewerb der Deutschen Wanderjugend. Die Dokumentation aller eingereichten Beiträge will zeigen, dass reizvolle Geschichten, ansprechende Ziele, aber auch moderne Technik das draußen gemeinsam unterwegs Sein interessant gestalten können. Für Vereine mit ihren Kinder-, Jugend- und Familiengruppen, Jugendorganisationen, (Jugend-)Bildungseinrichtungen und vor allem Schulen soll die Dokumentation Ideengeber und Anregung sein und damit der zunehmenden Naturentfremdung und der Bewegungsarmut von Kindern und Jugendlichen entgegenwirken. (if)

Dokumentation 2. Bundeswettbewerb Junges Wandern, Kassel 2005, kostenlos, Hrsg./ Bezug Deutsche Wanderjugend, Wilhelmshöher Allee 157, 34121 Kassel, Tel. 0561/4004980, Fax 0561 / 4004987, www.jugend-wandert.de

Schleswig-Holstein: 20 Jahre Nationalpark Wattenmeer

Fortschritte und gute Zusammenarbeit staatlicher und privater Stellen

Am 1. Oktober wurde der Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer 20 Jahre alt. Er ist mit 441.000 Hektar der größte in Mitteleuropa. Durch den Schutzstatus werden nach Angaben der vor Ort tätigen Naturschutzverbände Schutzstation Wattenmeer und WWF im Wattenmeer kaum noch Vögel gejagt, viele Salzwiesen blühen wieder und die Boden zerstörende Fischerei auf Herzmuscheln wurde gestoppt. Als großen Fortschritt werten die Verbände auch, dass 1999 vor Sylt und Amrum ein Schutzgebiet für Schweinswale eingerichtet wurde.

Schutzstation Wattenmeer auf zwanzig Stützpunkten aktiv

Der Verband Schutzstation Wattenmeer ist von 20 Stützpunkten aus auf den Inseln, Halligen und dem Festland aktiv. Das Land Schleswig-Holstein konzentriert sich vor allem auf die Umsetzung und Überwachung der Schutzvorschriften und wirbt in den Gemeinden für den Naturschutz. Rainer Schulz von der Schutzstation Wattenmeer lobte die gute Zusammenarbeit. Auch bei den Tourismus-Unternehmen sehen WWF und Schutzstation einen Bewusstseinswandel hin zu „nationalparkfreundlichen“ Angeboten.

Großprojekte gefährden Küstenregion

Trotz der Erfolge bemängeln die Umweltverbände, dass im Nationalpark noch immer zu intensiv gefischt und zuviel gebaut werde. Kurz nach der Gründung des Nationalparks wurde eine Ölbohrinsel errichtet. Weitere Eingriffe folgten, in diesem Jahr kam eine Pipeline hinzu. „Wenn es so weitergeht, dann wird in Zukunft zwischen Dämmen und Deichen, Förderinseln und Pipelines, Kabeln und Windparks, Flussvertiefungen und Sperrwerken nicht mehr viel Nationalpark übrig sein“, befürchtet die Biologin Silvia Gaus von der Schutzstation Wattenmeer. (if) ■

• Weitere Informationen

Schutzstation Wattenmeer e.V., Grafenstraße 23, 24768 Rendsburg
Tel. 04331 / 23622, Fax -25246
eMail: geschaeftsstelle@schutzstation-wattenmeer.de
www.schutzstation-wattenmeer.de

Neue Naturschutzgebiete in Nord- und Ostsee

BMU sieht jetzt Rechtssicherheit für Schutz- und Nutzungsinteressen

Das etwa 300.000 Hektar große Naturschutzgebiet „Östliche Deutsche Bucht“ in der Nordsee und das etwa 200.000 Hektar große Naturschutzgebiet „Pommersche Bucht“ in der Ostsee sind jetzt Teil des europäischen Schutzgebietsnetzes „Natura 2000“. Die beiden Gebiete gelten bereits seit verganginem Jahr nach Europäischem Recht unmittelbar als Vogelschutzgebiete. Zudem mussten sie nach nationalem Recht unter Naturschutz gestellt werden.

Beide Schutzgebiete liegen in der so genannten „Ausschließlichen Wirtschaftszone“ (AWZ) Deutschlands, dem Bereich jenseits der nationalen Hoheitsgewässer. In Deutschland sind für die Identifizierung, Auswahl und Ausweisung der Gebiete für das Europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 die Bundesländer zuständig. Im Meer war die Gebietsauswahl aufgrund eingeschränkter Befugnisse der Staaten zunächst nur in den Hoheitsgewässern möglich. Mit der Neuregelung des Bundesnaturschutzgesetzes im April 2002 schuf die Bundesrepublik eine neue Rechtsgrundlage, seitdem ist der Bund für die Auswahl, die Ausweisung und die Verwaltung der Schutzgebiete in der AWZ zuständig.

Die Schutzgebietsverordnungen schaffen auch Rechtssicherheit für die wirtschaftliche Nutzung der Gebiete. Schutz- und Nutzungsinteressen sollen gut gegeneinander abgegrenzt werden. Dabei gilt, dass Aktivitäten, die die Gebiete in ihrem Wert für die geschützten Arten beeinträchtigen, nach den Schutzgebietsverordnungen unzulässig sind. Nutzungen dürfen erst nach einer Verträglichkeitsprüfung zugelassen werden. Bereits im Jahr 2004 wurde festgelegt, dass Windenergieanlagen in den Schutzgebieten keine Einspeisevergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz erhalten können. (if) ■

• Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Weniger Hochwasser durch Öko-Landbau

Bio-Äcker können doppelt so viel Wasser aufnehmen wie konventionelle

Ökologischer Landbau kann die Folgen von Hochwasserschäden drastisch reduzieren. Denn Böden von Ökobetrieben können doppelt so viel Wasser aufnehmen wie konventionell bewirtschaftete Flächen. Das belegt eine Studie des Instituts für Pflanzenernährung und Bodenkunde und des Instituts für Ökologischen Landbau der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL). So wirkten sich bereits kleine Veränderungen wie die Versiegelung des Bodens von einem halben Millimeter katastrophal auf dessen Versickerungsleistung aus.

Vor diesem Hintergrund forderten der DNR und der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) die Politik auf, die Ausweitung des Ökologischen Landbaus fortzusetzen. Die Verbesserungen in Natur- und Umweltschutz ließen sich durch den Ökologischen Landbau am effektivsten und schnellsten erreichen, sagte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Umso verantwortungsloser wäre es, wenn der Bio-Landbau - wie von führenden CDU-Vertretern angekündigt - in seinem Stellenwert reduziert würde.

Sieben Mal mehr Regenwürmer in Bio-Böden

In den Böden der Bio-Betriebe leben laut Studie sieben Mal so viele Regenwürmer wie in konventionell bewirtschafteten Böden. Dadurch werden so genannte Bioporen geschaffen, die den Boden auflockern. Ein höherer Humusgehalt auf Bio-Äckern tut sein Übriges, so dass der Boden erheblich mehr Wasser aufnehmen kann als auf einer konventionell bewirtschafteten Fläche. Der BÖLW verwies angesichts der jüngsten Überschwemmungen in Bayern darauf, dass die volkswirtschaftlichen Kosten von Umweltkatastrophen ungleich höher seien als der Aufwand zur Ökologisierung der Landwirtschaft. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Tel. 030 / 28482-300, Fax -309,
eMail: info@boelw.de
www.boelw.de

Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/termin-links zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungsübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

Oktober

12.10., Berlin

Ökosteuern in den EU-Beitrittsstaaten

Konferenz; Green Budget Germany, München

Tel. 089 / 520113-13, Fax -14

foes@foes.de

www.foes.de/downloads/OsteuropaKonferenzProgramm.pdf

12.-16.10., Kassel

Abwasserentsorgung im ländlichen Raum

Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA), Rita Bergmann

Tel. 02242 / 8721-65, Fax -35

bergmann@dwa.de

www.dwa.de

13./14.10., Frankfurt a. M.

Schafft StadtLand! - Nachhaltige Landschaftsentwicklung und Umweltbildung

Tagung; Umweltlernen in Frankfurt am Main

Tel. 069 / 212-30130, Fax -46568

michael.schlecht@stadt-frankfurt.de

www.umweltlernen-frankfurt.de/Natur/Tagung.htm

13./14.10., Frankfurt a. M.

Nachhaltige Landschaftsentwicklung und Bildung

Interdisziplinäre Tagung; Umweltlernen in Frankfurt

Tel. 069 / 21249078

anja.schoene@stadt-frankfurt.de

www.umweltlernen-frankfurt.de/Natur/Tagung.htm

13.10., Bonn

Billig um jeden Preis? Wer für die Tiefpreise bei Lidl & Co bezahlt

Vortrag; Welthandelskampagne

Tel. 0228-3681010, Fax -92399356

info@gerechtigkeit-jetzt.de

www.gerechtigkeit-jetzt.de

14.-16.10., Verden bei Bremen

Was tun, wenn Konzerne die Welt regieren?

Seminar; Bewegungsakademie

Tel. 04231 / 957-595, Fax -400

info@bewegungsakademie.de

www.bewegungsakademie.de

17./18.10., Berlin

Lärminderungs- und Luftreinhalteplanung

Tagung; Deutsches Institut für Urbanistik (difu)

Tel. 030 / 39001209

lehmbrock@difu.de

www.difu.de

17./18.10., Insel Vilm, Rügen

Treffen der ESRI-Anwendergruppe Küste 2005

Tagung; Nationalparkamt, Jörn Kohlus

Tel. 04861 / 61646

kohlus@nationalparkamt.de

www.gis-kueste.de

19./20.10., Berlin

Die Auswirkungen erneuerbarer Energien auf Natur und Landschaft

Symposium; Deutscher Rat für Landschaftspflege (DRL), Bonn

Tel. 0228 / 33-1097, Fax -4727

drl-bonn@t-online.de

www.landespflege.de

20./21.10., Dortmund

Junge Menschen und Mobilität - Mobilitätskompetenz und Sicherheit partnerschaftlich fördern

Tagung; ILS NRW

Tel. 0231 / 9051260

doris.baeumer@ils.nrw.de

20.10., Berlin

Ökologische Lebensmittelwirtschaft: Zukunftsmodell für nachhaltiges Wirtschaften

Tagung; Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW)

Tel. 030-28482300, Fax -2482309

info@boelw.de

www.boelw.de/herbsttagung

21.-23.10., Wetzlar (Hessen)

EnergieTage Hessen 2005 und Passivhaus Hessen 2005

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner

Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100

redaktion@energie-server.de

www.energieserver.com

21.-24.10., Augsburg

IHE Holzenergie 2005

erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner

Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100

redaktion@energie-server.de

www.holz-energie.de

21./22.10., Wiesenfelden/Niederbayern

100 Jahre Naturschutzgeschichte in Bayern

Bund Naturschutz Bildungswerk

Tel. 09966-1270, Fax -9020059

bw@bund-naturschutz.de

www.bn-bildungswerk.de

21.10., Kassel

Landwirtschaft 2015

NABU, Florian Schöne, Berlin

Tel. 030 / 284984-26, Fax -84

florian.schoene@nabu.de

www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/landwirtschaft/workshop.pdf

21./22.10., Berlin

Menschenrecht auf Wasser

Fachkonferenz; Auswärtiges Amt, Matthias Rau-Goehring

Tel. 030 / 5000-3194, Fax -53194

mrhh-b-vz@diplo.de

21.10., Mitwitz

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie

Ökologische Bildungsstätte Oberfranken

Tel. 09266-8252, Fax -6442

info@oekologische-bildungsstaette.de

www.j0nes.de/oebo/pdf/WRRL.pdf

22.10., Stuttgart

Landschaftszerschneidung contra Lebensraumverbund

Seminar; Evang. Akademie Bad Boll, Anna-Maria Hähnchen
Tel. 07164 / 79-225, Fax -5225
anna-maria.haehnchen@ev-akademie-boll.de
www.lnv-bw.de/ZK-Forum05.pdf

22.10., Fulda

Wasserrahmenrichtlinien-Forum

BUND, Doris Eberhardt, Berlin
Tel. 030 / 275864-51, Fax -40
doris.eberhardt@bund.net
www.bund.net

26.10., Köln

FSC-Holz in öffentlichen Ausschreibungen

Tagung; Forest Stewardship Council (FSC)
Tel. 0761 / 38653-50, Fax -79
info@fsc-deutschland.de
www.stadt-und-raum.de (Fachkongresse)

28.-30.10., Hannover

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
Tel. 07764 / 933999
meyer@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

28./29.10., Hamburg

Klima oder Entwicklung?

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), Heike Kern
Tel. 040 / 428343-37, Fax -67
kern@hwwa.de
www.hwwa.de

31.10.-4.11., Kochel

Klimakollaps und Klimapolitik national und global

Seminar; Kurt-Schumacher-Akademie
Tel. 02253 / 92120
reimar.kleinwachter@fes.de

November

1.11., Berlin

Chinas Wirtschaft wächst rasant - bleibt die Umwelt auf der Strecke?

Tagung; Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Eva Maria Herz-Michl, Wittenberg
Tel. 03491-498847, Fax -400706
herz-michl@kfh-wb.de
www.forumue.de/forumaktuell/
veranstaltungen/0000003d.html

2.-4.11., Bonn

5. Internationales Rheinsymposium: Fischwanderung, Fischaufstieg und Fischabstieg

Int. Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR), Koblenz
Tel. 0261 / 94252-0, Fax -52
anita.thome@iksr.de
www.iksr.de

4./5.11., Fürstfeldbruck (Bayern)

RegioSolar-Konferenz

RegioSolar, Margit Freitag, Berlin
Tel. 030 / 2977788-20, Fax -99
info@regiosolar.de
www.regiosolar.de

4./5.11., Wiesenfelden/Niederbayern

Kreativer Einsatz von Filmen in der Bildungsarbeit

Bund Naturschutz Bildungswerk
Tel. 09966-1270, Fax -9020059
bw@bund-naturschutz.de
www.bn-bildungswerk.de

5.11., Lüneburg

Bundesweite Demonstration „Atomkraft Nein Danke - Erneuerbare Energien jetzt!“

Robin Wood, Bettina Dannheim, Hamburg
Tel. 040 / 38089-221
energie@robinwood.de
DNR, Thomas Frischmuth, Berlin
Tel. 030 / 443391-83
thomas.frischmuth@dnr.de
www.erneuerbare-statt-atom.de

7.11., Sonthofen

Juristische Umsetzung der Alpenkonvention

Tagung; CIPRA Deutschland
Tel. 0831 / 520501
info@cipra.de

7.11., Berlin

Abfallpolitik: Selbstbedienungsladen oder effiziente Ressourcenwirtschaft?

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Janine Hientzsch
Tel. 030 / 25800-441, Fax-428
hientzsch@vzbv.de
www.vzbv.de

7.11., Neuhof bei Nürnberg

Wirtschaft in Bewegung National

Tagung; Webarkaden Vertriebsbüro, Wiesloch
Tel. 06222-4142, Fax -4147
mgrix@wirtschaftinbewegung.com
www.wirtschaftinbewegung.com

8.-24.11., Mannheim, Münster, Hamburg, München, Erfurt, Potsdam

Intelligenter Energieeinsatz in Kommunen

Workshops; Deutsche Umwelthilfe, Robert Spreter
Tel. 07732/9995-30, Fax-77
spreter@duh.de
www.energiesparkommune.de

11./12.11., Kassel

Verbändebeteiligung - die neuen Rechte

Workshop; Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU), Marion Rosenbaum
Tel. 030 / 428-49935, Fax -00485
marion.rosenbaum@ufu.de
www.ufu.de

14./15.11., Berlin

4. Handelsblatt-Jahrestagung Wasser- und Abwasserwirtschaft

EUROFORUM Deutschland GmbH, Daniela Molicki, Düsseldorf
Tel. 0211 / 9686-3434, Fax -4040
anmeldhb@euroforum.com
http://vhb.handelsblatt.com/pr_wasser

15.11., Ingolstadt

Ein neues Ehrenamt braucht gute Rahmenbedingungen

Tagung; Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Nürnberg
Tel. 0911 / 27299820
lbe@iska-nuernberg.de
www.wir-fuer-uns.net

16.11., München

Daseinsvorsorge und Dienstleistungsqualität in deregulierten Märkten

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und Hans-Böckler-Stiftung
Tel. 0202 / 249-2103, Fax-2263
ralph.herbertz@wupperinst.org
www.daseinsvorsorge.com

16.-20.11.2005, Horb am Neckar

Horber Schienen-Tage:

Neue Wege auf alten Schienen

Pro Bahn, München
Tel. 089-54454213, Fax -64280267
horber@schienen-tage.de
http://horber.schienen-tage.de

17.11., Wuppertal
Steigend Energiepreise - was tun? Energieeffizienz in Unternehmen - Optionen und Potenziale
 Tagung; Technische Akademie Wuppertal, Jens Nordmann
 Tel. 0202 / 74952-51, Fax -28
 jens.nordmann@taw.de
 www.ea-nrw.de/_infopool/
 info_details.asp?InfoID=3387

17./18.11., Berlin
Nationale und europäische Anforderungen an Umweltbeiträge in der Verkehrsplanung
 Tagung; Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA)
 Tel. 030 / 278715-0, Fax -55
 info@bdla.de
 www.bdla.de/verkehr

18.-20.11., Berlin
Moderner Lehmbau 2005
 Internationale Fachtagung und Messe; Umwelt- und Unternehmensberatung GmbH (Umbra), Peter Steingass
 Tel. 030 / 6162554-8, Fax -9
 info@lehmbauforum.com
 www.lehmbauforum.com

18.11.-20.11., Göttingen
Ein Netzwerk für botanischen Naturschutz - neue Herausforderungen für die Botaniker/innen Deutschlands
 AG Geobotanik Mecklenburg-Vorpommern, Christian Berg
 Tel. 0381 / 4904111
 cberg@t-online.de
 www.geobotanikm-v.de

18.11., Bonn
Klimawandel als Herausforderung für die Armutsbekämpfung
 Konferenz; Germanwatch, Sven Anemüller
 Tel. 0228 / 6049222
 anemueller@germanwatch.org
 www.klimaausbadekampagne.de

18./19.11., Berlin
Rudolf-Bahro-Symposium: Natur - Kultur - Mensch
 Humboldt-Universität Berlin, Rudolf-Bahro-Archiv
 Tel. 030 / 20936127
 bahroarchiv@agrار.hu-berlin.de
 www.agrar.hu-berlin.de/wisola/
 bahro-archiv/symp_einlad_2005.htm

18./19.11., Lauingen (Bayern)
Gemeintag Wasser: Kommunale Solidarität im Ressourcenmanagement
 Tagung; Bundesverband TuWas, München
 Tel. 089 / 599467-70, Fax -71
 info@tuwas.net
 www.tuwas.net

18.-20.11., im Taunus
Gemeinschaftssuche und -gründung
 Seminar; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
 Tel. 07764 / 933999
 oekodorf@mail.pcom.de

18.-20.11., Bad Boll
Gender Mainstreaming als Motor für Vereinsentwicklung
 Tagung; Ev. Akademie Bad Boll, Volker Steinbrecher
 Tel. 07164 / 79229
 ilse.jauss@ev-akademie-boll.de
 www.ev-akademie-boll.de

21./22.11., Alexandersbad
Leader+ Die EU fördert den ländlichen Raum
 Evangelisches Bildungszentrum Alexandersbad
 Tel. 09232 / 9939-0, Fax -99
 info@ebz-alexandersbad.de
 www.agenda-forum-mitwitz.de/
 term_n.htm

21./22.11., Essen
Flussgebietsmanagement
 Workshop; Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall
 Barbara Kirstein
 Tel. 02242 / 8721-81, Fax-35
 kirstein@dwa.de
 www.dwa.de

22./23.11., Bonn
Nachhaltigkeitsmanagement für Finanzdienstleister - regional und international
 Tagung; Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen (VfU), Eva Kammerer-Kirch, Augsburg
 Tel. 0821-4540672, Fax -3436639
 kontakt@vfu.de
 www.vfu.de

24.11., Bremen
Raumplanung und Raumnutzung
 Hearing; Aktionskonferenz Nordsee, Inse Ewen
 Tel. 0421-77675, Fax -78931
 inse.ewen@aknev.org
 www.aknev.org

24.11., Augsburg
Lichtverschmutzung muss nicht sein: Das Augsburger Modell
 Workshop; Die Umwelt-Akademie, Weßling
 Tel. 08153-4751, Fax -4852
 info@die-umwelt-akademie.de
 www.die-umwelt-akademie.de/
 veranstaltungen

25.11., Potsdam
Benefizveranstaltung für die FREIE HEIDE
 Grüne Liga, Norbert Wilke, Potsdam
 Tel. 0331 / 20155-20, -21, Fax -22
 potsdam@grueneliga.de
 www.grueneliga.de/bburg

26.-30.11., Bonn
Weltversammlung für Erneuerbare Energien
 Konferenz; World Council for Renewable Energy (WCRE)
 Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279
 info@wcre.org
 www.wcre.org

Dezember

1.12., Berlin
Fern-Sehen: Zukunftsthema Nachhaltigkeit?
 Fachkonferenz: Rat für Nachhaltige Entwicklung
 Tel. 030 / 254917-80, Fax -85
 info@nachhaltigkeitsrat.de
 www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/termine

8./12., Hofgeismar
Konzepte für die Nationalparkregion Kellerwald-Edersee
 Tagung; Ev. Akademie Hofgeismar
 Tel. 05671 / 8810
 ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de

8.-14.12., Wendelsheim bei Mainz
12. Ökodorf-Festival - Begegnung von Gemeinschaften und Interessierten
 Ökodorf-Institut, Karl-Heinz Meyer
 Tel. 07764 / 933-999, Fax -388
 oekodorf@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

9./10.12., Wiesenfelden/Niederbayern
Lebendige Kommunikation - Schlüsselqualifikation für die umweltpolitische Arbeit
 Bund Naturschutz Bildungswerk
 Tel. 09966-1270, Fax-9020059
 bw@bund-naturschutz.de
 www.bn-bildungswerk.de

18.-20.12., Butzbach/Taunus
 24.-26.12., Herrischried bei Freiburg
 28.-30.12., Steyerberg bei Hannover
Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften -
Gemeinschaftssuche und -gründung
 Seminare; Ökodorf-Institut, K.-H. Meyer
 Tel. 07764 / 933-999, Fax -388
 oekodorf@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

2006

26.1., Bremen
Entwicklung eines Meeresschutzprogrammes
 Symposium; Aktionskonferenz Nordsee, Inse Ewen, Bremen
 Tel. 0421-77675, Fax -78931
 inse.ewen@aknev.org
 www.aknev.org

10.-12.3., Böblingen
erneuerbare energien 2006
 Messe, Kongress, Veranstaltungen; erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner
 Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100
 redaktion@energie-server.de
 www.erneuerbareenergien.com

16./17.3., Lampertheim (Hessen)
3. Bundeskongress: Wirtschaft in Bewegung
 Webarkaden Vertriebsbüro, Wiesloch
 Tel. 06222-4142, Fax -4147
 mgrix@wirtschaftinbewegung.com
 www.wirtschaftinbewegung.com

30.5.-2.6., Bonn
28. Deutscher Naturschutztag (DNT): Vom lokalen Handeln und globaler Verantwortung - 100 Jahre staatlicher Naturschutz
 Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Land Nordrhein-Westfalen
 DNR, stellv. Generalsekretärin Helga Inden-Heinrich
 Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
 helga.inden-heinrich@dnr.de
 www.bbn-online.de?id=43 (if) ■

Experten-Datenbank Nachhaltigkeit

2300 Profile von Fachleuten und NGOs aus 45 Ländern Europas

Eine Datenbank von europäischer Bedeutung hat das Dortmunder Institut für Zukunftsfähige Projekte in Zusammenarbeit mit dem International Network of Engineers and Scientists (INES) aufgebaut. Nach fast zweijähriger Arbeit wurde die einzigartige Datensammlung vor vier Jahren unter www.sd-eudb.net ins Internet gestellt.

Breites Themenspektrum

Es werden Expert/innen und Institutionen aus 45 europäischen Staaten zusammengefasst, die sich mit zukunftsfähigen bzw. nachhaltigen Entwicklungen beschäftigen. Das Spektrum umfasst neben Umweltthemen auch Bereiche wie Abrüstung, Nord/Süd, Wirtschaft und Soziales. Aufgrund der europäischen Dimension wird die Datenbank auf Englisch geführt und firmiert unter dem Titel „Databank Sustainable Development“ (EUDB). Hier sind die Profile der entsprechenden Fachleute und Institutionen abrufbar - zurzeit über 2300 Einträge. Sie werden laufend aktualisiert.

Die Datenbank ist auf Initiative der Vereine mit Unterstützung aus der EU und dem Bundesforschungsministerium entstanden. Sie soll den europäischen Diskurs auf allen Wissensgebieten nachhaltig beleben. West- und osteuropäische sowie nord- und südeuropäische Ansätze können gezielt miteinander vernetzt werden.

Selbst eintragen

Die Datenbank bietet neben 43 Suchkriterien auch die Möglichkeit, nach speziellen Begriffen zu suchen. Sie bietet Laien, Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen ebenso wie Politiker/innen oder Wissenschaftler/innen die Möglichkeit interessante Informationen zusammenzutragen, auch zu aktuellen Themen.

► Expert/innen und Organisationen können sich selbst in die Datenbank eintragen. Einzige Bedingung: Die Beschäftigung auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit muss ausgewiesen sein. (mb) ■

• Weitere Informationen

www.sd-eudb.net/index-de.htm
 („Suche“ bzw. „Registrierung/Update“)

Umweltinformation und fachlicher Austausch für alle

Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu diversen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Ökojobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

www.dnr.de/umweltinfo

„Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Informationen und Meinungen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tier-schutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern.

www.gruenes-forum.net

Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jeder nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden rund 250.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

www.wikipedia.de/wiki/Wikipedia:Hilfe
www.wikipedia.de/wiki/Portal_Umwelt (mb) ■

Regelmäßige Umweltsendungen

Feste Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Sende-Manuskripte und Zusatzinformationen im Internet an.

Diese Liste (mit allen Links) im Internet: www.dnr.de/umweltinfo („TV + Radio“)

TV-Vorschau

„Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm“

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung: www.bio.de/kanal.php

Vier-Wochen-Vorschau Natur

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: www.prisma-online.de/tv/suche.html

Fernsehsendungen

Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme
www.terra-nova.tv

ZDF.umwelt

So 13.15-13.45, ZDF
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Ozon

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)
www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute
Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wh. Di 2.00 und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)
www.sfdrs.ch

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder
Sa, 10.55-11.20, ZDF
www.tivi.de/loewenzahn

Rundfunksendungen

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt („Archiv“)

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio
www.dradio.de/dlr/sendungen

Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwestrundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio
www.swr.de/contra

Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/programm.html

Radio Rainbow

Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)
www.greenpeace-radio-stuttgart.de

Graslöwen Radio

So 14.00-15.00, Radijojoi!, Berlin 104,1 Berlin/Brandenburg/Sachsen: Digitalradio DAB (www.digitalradio-bb.de)
Internet (mit FlashPlugin 6): www.radijojoi.de
www.grasloewe.de
(mb, db, if) ■

Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

Naturschutz- und Umweltpolitik findet zu einem großen und wachsenden Anteil in Brüssel statt. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe S. 2). Probelesen und Bestellen im Internet: www.dnr.de/eur

Editorial

- Umweltausschuss stärkt REACH

Global

- Millennium+5-Gipfel gescheitert
- Öko-soziale Standards im Agrarhandel gefordert
- OECD-Leitsätze kritisiert
- Internationale Treffen
- EU-China-Gipfel: Ergebnisse

EU-Politik, Recht

- Konsultation zu EU-Beihilferecht
- Umweltpolitik im Parlament
- Thematische Strategien kommen
- EEA: Umweltziele bis 2010 fraglich
- Forschungsrahmenprogramm: Pläne
- Neue EEB-Arbeitsgruppe Tourismus
- Bessere Rechtsetzung?
- Umweltkriminalität: Grundsatzurteil

Abfall, Produktpolitik

- Potenziale der Abfallwirtschaft für den Klimaschutz
- Protest gegen Müllverbrennung
- Grenzwerte für POPs vorgeschlagen

- Verpackungsabfälle: EU-Staaten im Rückstand
- Bergbauabfall-Richtlinie geschwächt
- Regeln für Schiffsrecycling gefordert
- WWF-Studie: Illegaler Holzhandel

Agrarpolitik, Gentechnik

- Ökolandbau gut fürs Ökosystem
- England: Agrar-Umwelt-Programm
- Kommission genehmigt Genmais
- Gentechnik auf dem Holzweg
- Bewusste Kontamination durch Gentech-Konzerne?
- Amphibiensterben durch Monsanto?

Chemikalien, Emissionen

- REACH (noch) industriefreundlicher?
- REACH: Weiterhin Tierversuche
- Konsultation zu gefährlichen Stoffen
- Thematische Strategie für saubere Luft veröffentlicht
- Studien: Saurer Regen nimmt nicht ab
- Gute Beispiele für bessere Luft

Energie, Klima

- Fünf-Punkte-Plan für Energie-Politik
- Studie spielt Tschernobyl herunter
- EU-China-Gipfel: Mehr fürs Klima
- Klimawandel und Landwirtschaft
- Umweltminister/innen für Klimaschutz
- Flugverkehr an Klimaschutz beteiligen

Naturschutz, Biodiversität

- Biodiversität und Klimaschutz
- Mehr Biodiversität - weniger Armut
- NGOs zu Natura 2000 befragt
- LIFE-Natur: EU-Gelder für 2005
- Waldbrände in Südeuropa
- Apeldoorn: Aufruf zur Vernetzung
- Vogelgrippe: Einfuhr stoppen

Verkehr

- Lkw-Maut ab 3,5 Tonnen empfohlen
- Fünf-Liter-Autos bis 2012
- Verkehrssicherheits-Initiative
- Polens Autobahn-Pläne kritisiert
- Visit: Siegel für Ökoreisen

Wasser, Meere

- MarBEF: Offene EU-Datenbank
- WHO-Protokoll zu Wasser und Gesundheit in Kraft
- Afrika: Fischfang bedroht Ernährung
- Aquakulturen ohne Fischmehl
- Neue Regelungen für Aquakultur

Service

- Publikationen, Informationsquellen
- EU-Umwelt-Termine
- Wegweiser: EEB, EU, IUCN

Sonderheft

- EUR-Sonderheft: Die EU-Umweltgesetzgebung (separate Heftung)

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.04“ weist z.B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2004 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im

Internet zugänglich: www.dnr.de/drb („Bisherige Ausgaben“).

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen VerbändereInformationsdienst www.ngo-online.de

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drb

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Süd-politischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/eur www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

als Privatperson

- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

für eine Organisation

- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
- 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

als Förderabonnement

- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**
Kontonummer:

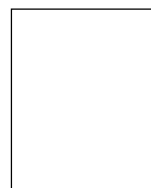
Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

Geldinstitut:
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion Deutschland-Rundbrief
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin